



aktuelle analysen 12

**Gerhard Hertel
Die DVU -
Gefahr von Rechtsaußen**

aktuelle analysen 12

**Gerhard Hertel
Die DVU -
Gefahr von Rechtsaußen**

ISBN 3 - 88795 - 144 - 1
© 1998 Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München
Akademie für Politik und Zeitgeschehen
Verantwortlich: Dr. Reinhard C. Meier-Walser
Redaktion: Paula Bodensteiner
Gestaltung, Satz und Druck: Hanns-Seidel-Stiftung
Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Inhalt

1.	Zusammenfassung	4
2.	Einleitung	4
2.1	Stationen in der Geschichte der DVU in ihrer Entwicklung zur Partei	5
2.2	Geistige Wurzeln und Programmatik der DVU	8
2.3	Die Parteigründung	10
2.4	Entwicklung der DVU von ihrem ersten politischen Erfolg bis heute	11
3.	Die Binnenstruktur der DVU	12
3.1	Kommunikation mit den Wählern	12
3.2	Das Innenleben der DVU-Fraktionen	16
3.2.1	Bremen	16
3.2.2	Schleswig-Holstein	18
3.2.3	Sachsen-Anhalt	21
4.	DVU-Bündnispolitik nach der Wahl in Sachsen-Anhalt	22
5.	Die Auslandsbeziehungen der DVU	27
6.	Resümee	30
6.1	Positionierung im deutschen Parteiensystem	30
6.2	Bekämpfungsmöglichkeiten des Rechtsextremismus	33
6.3	Chancen der DVU bei der Bundestagswahl 1998	36
7.	Ausgewählte Literatur zum Thema	37
8.	Anhang	41

1. Zusammenfassung

Seit dem 26. April 1998 scheint sich die politische Landschaft rechts von den Unionsparteien neu zu ordnen. Zunächst aber steht der überraschende Sieger von Magdeburg, die Deutsche Volksunion (DVU) des Münchner Verlegers Dr. Gerhard Frey, im Mittelpunkt des politischen Interesses. Anhand der Geschichte dieser Partei werden ihre braunen Wurzeln freigelegt, die sie bis auf den heutigen Tag prägen. In politikwissenschaftlichen Beiträgen findet sich nicht selten der Befund, die DVU sei lediglich eine "Briefkastenfirma". Dagegen kann in der hier vorliegenden Untersuchung gezeigt werden, daß zwischen 1987 und 1995 in Bremen ein Kommunikationsnetz zwischen DVU-Wählern bzw. -Sympathisanten der Partei aufgebaut werden konnte. Für Schleswig-Holstein (die DVU war zwischen 1992 und 1996 auch im Kieler Landtag vertreten) kann Gleiches auf Grund des raschen Verfalls der Fraktion nicht konstatiert werden.

Nach der Wahl in Sachsen-Anhalt hat Frey seine Anstrengungen verstärkt, die extreme Rechte zu einen. Dabei sind ihm Achtungserfolge gelungen, so kandidiert der rechtspopulistische ehemalige Republikaner-Vorsitzende Franz Schönhuber auf DVU-Listen zur Bundestagswahl 1998 und zur Europawahl 1999.

Widersprüchlichkeiten in Schönhubers Engagement für die DVU werden in der Analyse ausführlich erörtert. Nach der Vorstellung weiterer Personen aus dem rechtsextremistischen Spektrum, die von Frey angeworben wurden, finden sich geraffte Darstellungen der DVU-Auslandskontakte, die für die Europawahlen relevant werden könnten. Ergänzend wird eine neue Positionierung der DVU in der deutschen Parteienlandschaft vorgestellt. Es folgen schließlich Vorschläge zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und eine Betrachtung über Chancen der DVU für die Bundestagswahlen 1998.

2. Einleitung

Über viele Jahre hinweg schien die politische Landschaft rechts von den Unionsparteien relativ klar geordnet: Die NPD verkümmerte als Auffangbecken neonazistischer Sekten, die Republikaner dümpelten nach Anfangserfolgen Ende der 80er Jahre, dem Weggang Schönhubers und der ausschließlichen parlamentarischen Präsenz auf Landesebene in Baden-Württemberg vor sich hin, der Einigungsversuch der extremen Rechten in der Deutschen Liga für Volk und Heimat war spätestens Mitte der 90er Jahre gescheitert. Die Deutsche Volksunion (DVU) konnte zwar kleinere politische Erfolge bei Landtagswahlen erzielen, blieb aber in ihrer politischen Wirksamkeit auf Grund der Monopolstellung Gerhard Freys innerhalb wie außerhalb der Parlamente höchst beschränkt. Neonazistische Gruppierungen - nach der Wende vor allem in den Neuen Bundesländern entstanden - wurden nach und nach verboten und verschwanden zunehmend von der Bildfläche.

Dies änderte sich schlagartig mit der Landtagswahl vom 26. April 1998 in Sachsen-Anhalt. Nach Erringung von fast 13 Prozent der Stimmen konnte die Deutsche Volksunion 16 Abgeordnete stellen. Dies ist mit Abstand das beste Ergebnis einer rechtsextremen Partei in

der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.¹ Beunruhigender noch erscheint das Wahlergebnis unter dem Aspekt, daß die Partei bei Erst- und Jungwählern bis zum Alter von 30 Jahren die meisten Stimmen erhielt. Besonders im Hinblick auf die Bundes- und Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern (bei der bayerischen Landtagswahl am 13. September 1998 hat die DVU auf eine Kandidatur verzichtet), ist es eine politische Notwendigkeit, sich mit dieser Gruppierung und ihrem Umfeld analytisch näher zu beschäftigen. Dies soll nach einer kurz gefaßten Historie der Partei, der Darstellung ihrer Binnenstruktur, ihrer Auslandsverbindungen, ihrer Bündnispolitik nach dem Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt, sowie ihrer Verortung im deutschen Parteienspektrum geschehen. Schließlich sollen eine Reihe von Vorschlägen für die Bekämpfung des Rechtsextremismus und die Wahlchancen der DVU diskutiert werden.

2.1 Stationen in der Geschichte der DVU in ihrer Entwicklung zur Partei

Die Deutsche Volksunion wurde am 16. Januar 1971 (Reichsgründungstag!) auf Initiative des Münchner Verlegers Gerhard Frey² als Vereinigung gebildet, die im Sinne einer kompromißlosen Feindschaft gegen die sozialliberale Ostpolitik auf das "konservative Lager" einwirken sollte. Am 4. März 1971 fand die erste "DVU-Großveranstaltung" unter dem Motto "Abrechnung mit Brandt - Kampf dem Verrat" in der Gaststätte "Schwabingerbräu" in München statt. Der Verfasser der Studie konnte damals als Augenzeuge zum ersten Mal den Eindruck gewinnen, der sich bei Begegnungen mit der DVU dutzende Male wiederholen sollte: Sprechchöre von "Antifaschisten", die draußen skandierten: "Wir kennen den Faschismus schon, wir brauchen keine Volksunion", drinnen ein Gebräu brauner Phrasen, von Autoren der "Nationalzeitung" einem Publikum von Ewiggestrigen vorgetragen. Jugendliche befanden sich kaum unter den Besuchern.

Unter tosendem Beifall betonte Frey damals seine Kampffansage gegen die Ostverträge:

"Dem setzen wir entgegen, daß wir beitragen wollen, den Zweiten Weltkrieg auf lange Sicht politisch zu gewinnen, nicht im Sinne der nationalsozialistischen Kriegsziele, sondern im Sinne des Rechtes und der Freiheit des deutschen Volkes. Ich verspreche es Ihnen, ja ich schwöre es Ihnen, wir verzichten nie und niemals."³

¹ 1951 erreichte die später vom Bundesverfassungsgericht verbotene Sozialistische Reichspartei in Niedersachsen 11 % der Stimmen, 1992 die Republikaner in ^{Baden-}Württemberg 10.9 % und in demselben Bundesland 1968 die Nationaldemokratische Partei Deutschlands 9.8 %. 1996 gelang dort den Republikanern überraschend wieder ein Erfolg mit 9.1 %.

² Frey wurde 1933 in Cham als Sohn einer wohlhabenden Kaufmannsfamilie geboren. Er studierte Rechts- und Staatswissenschaften und promovierte nach einem Referendariat bei der Regierung von Oberbayern zum Dr. rer. pol.. In den 50er Jahren wirkte er an der 1951 gegründeten "Deutschen Soldatenzeitung" mit. 1958 erwarb er eine hälftige Beteiligung an diesem Organ, 1960 auch die restlichen Anteile, seit 1963 gab er sie als "National- und Soldatenzeitung" heraus. Nach Erscheinen eines Artikels mit dem Titel "Verbrecherstaat Israel will uns Moral lehren" stellte die Bundesregierung 1969 beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag, Frey die Grundrechte der freien Meinungsäußerung und der Pressefreiheit gemäß Art. 18GG zu entziehen. Das Gericht folgte dem Antrag in einem Urteil aus dem Jahre 1974 mit dem Hinweis auf die "geringe Resonanz der Nationalzeitung" nicht. Vgl.: Uwe Backes/Patrick Moreau, Die extreme Rechte in Deutschland, München ² 1994, S. 60f.

³ Vgl. Annette Linke, Der Multimillionär Frey und die DVU. Daten, Fakten, Hintergründe, Essen 1994, S. 16

Die Kundgebung war offensichtlich durch ähnliche Veranstaltungen der NPD-beeinflußten "Aktion Widerstand" inspiriert worden, auf denen es hieß: "Verräter Brandt an die Wand! Fegt ihn weg den roten Dreck!" Dies bestätigte sich bei einem von der DVU 1971 organisierten "Marsch auf Bonn", bei dessen Schlußkundgebung Frey und der ehemalige NPD-Landtagsabgeordnete Siegfried Pöhlmann⁴ gemeinsam zum Thema "Kampf dem Verrat" sprachen.

Überraschenderweise rief Frey dann aber zu den Bundestagswahlen am 19.11.1972 zur Wahl von CDU/CSU auf:

"Am 19. November werde ich CSU wählen. ... Wenn CDU/CSU siegen, werden unsere Chancen besser sein."⁵

Wahlaussagen zugunsten der CDU/CSU fanden sich in der "Deutschen National- und Soldatenzeitung" bis Mitte der 80er Jahre, 1983 warb Frey (nicht unverständlich angesichts seines finanziellen Hintergrundes) in einer Zweitstimmenkampagne für die F.D.P.. Das Verhältnis seiner "Volksunion" zur CDU/CSU sah Frey 1971 in der Rolle eines "Korrektivs", ja einer "Drohung", die Interessen des deutschen Volkes (in seinem revisionistischen Sinne) zu vertreten. Ansonsten würde man sich die Gründung einer Partei vorbehalten.

Im September 1976 startete die DVU im großen Stil mit Hilfe der publizistischen Organe Freys eine Propagandaoffensive "Deutsche Helden als Vorbilder der Jugend". Dazu hieß es in der Deutschen National- und Soldatenzeitung im August 1976:

"Immer mehr fragen junge Menschen nach Vorbildern. In der deutschen Streitmacht des großen Krieges finden sich zahlreiche Beispiele, denen auch heute nachzueifern lohnt."⁶

Damit schloß sich die DVU fast wörtlich ähnlichen Kampagnen der rechtsextremen Deutschen Reichspartei (DRP) aus den 50er Jahren an. In einem Redeentwurf für DRP-Aktivisten hieß es damals:

" ... Immer hat die Jugend nach Vorbildern gesucht, und heute findet sie keine. Schimpfen wir nicht auf diese Jugend! Sie ist in der Anlage nicht schlechter und (? , d.Verf.) besser, als wir es gewesen sind. Es sind u n s e r e (Sperrung im Original) Kinder, unser Fleisch und Blut. Unsere Anlagen leben in ihnen fort. Wenn sie heute oft einen falschen Weg gehen, dann liegt die Schuld an den Erwachsenen. Wo sind die Staatsmänner, die es verstehen, dieser Jugend ein I d e a l zu geben? 80jährige Parlamentarier (gemeint war offensichtlich Adenauer, d.Verf.) sind keine Figuren, an denen sich die Jugend begeistern kann, besonders dann nicht, wenn diese Herren jeden tapferen Fronteinsatz sorgfältig vermieden haben. Für Heldentum ist der deutsche Junge auch heute noch zu begeistern, das zeigen unsere

⁴ Zur Person Pöhlmanns: NSDAP-Mitglied seit 1941, Rechtsanwalt, Vorsitzender der NPD-Fraktion im Bayerischen Landtag 1966 - 1970, Mitbegründer der terroristischen "Aktion Neue Rechte", vgl.: Lutz Niethammer, Angepaßter Faschismus. Politische Praxis der NPD, Frankfurt/M. 1969, S. 114ff., Linke, a.a.O., S. 88f.

⁵ Deutsche National- und Soldatenzeitung vom 17.11.1972, S. 1

⁶ Deutsche National- und Soldatenzeitung vom 27.08.1976, S. 1

Kundgebungen mit Hans-Ulrich Rudel, in denen sich die deutsche Jugend Kopf an Kopf drängt."⁷

Eben diesen Wehrmachtsoberst Hans-Ulrich Rudel stellte auch die DVU neben Jochen Peiper⁸ in den Mittelpunkt ihrer damaligen Aktivitäten. Hans-Ulrich Rudel (1916 - 1982), eine wesentliche Figur aus dem Umkreis Gerhard Freys, nach dem noch in der heutigen DVU ein "Ehrenbund - Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten" benannt ist⁹, war Offizier der berüchtigten Legion Condor, dann höchstdekoriertes deutscher Teilnehmer am Zweiten Weltkrieg, einziger Träger des Goldenen Eichenlaubs mit Schwertern und Brillanten zum Ritterkreuz. Am Ende des Dritten Reiches floh er unter dem Falschnamen Emil Meyer nach Argentinien. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland verfaßt er eine Broschüre "Wir Frontsoldaten zur Wiederaufrüstung" (1951), in der er konstatierte, Adolf Hitler habe die Weltlage frühzeitig erkannt und einen "Kreuzzug" gegen den Bolschewismus zu Recht geführt. Seinen Überzeugungen entsprechend wurde er 1953 Spitzenkandidat der Deutschen Reichspartei (s.o.) zur Bundestagswahl auf der Hamburger Landesliste. Das bayerische Innenministerium erließ zu diesem Zeitpunkt ein Rede- und Versammlungsverbot gegen ihn, da er das Gedankengut der 1952 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Sozialistischen Reichspartei (SRP) verbreite. Außerhalb Bayerns agitiert Rudel weiterhin für die DRP, u.a. auch in dem für die Partei erfolgreichen Wahlkampf 1959 in Rheinland-Pfalz (5.1 %).

1976 führte ein Auftritt Rudels in der Bundeswehrkaserne Bremgarten bei Freiburg zur Entlassung der Generäle Krupinski und Franke durch den damaligen Bundesverteidigungsminister Hans Apel (SPD). In diesen Jahren sandte der Verlag der Deutschen National- und Soldatenzeitung gratis an jeden Interessenten ein von Rudel eigenhändig unterzeichnetes Foto mit dem Spruch: "Verloren ist nur, wer sich selbst aufgibt". Ähnlich äußerte er sich selbst auf zahlreichen DVU- Kundgebungen, bei denen er - auf Grund fortgeschrittenen Alters - puppenartig wirkend in das jubelnde Publikum rief: "Wir haben einen Krieg verloren, aber nicht unsere Ehre." Auch um die Mitgliederzahl der DVU, die Mitte der 70er Jahre erst bei 3500 lag,¹⁰ zu steigern, verstärkte Frey damals das propagandistische Trommelfeuer: "Ein Held wie kein Zweiter - Hans-Ulrich Rudels Lebenslauf" (DNZ vom 19.11.1976), "Oberst Rudel - Vorbild für die Jugend Europas" (DNZ 14.01.1977), "Oberst Rudel - Vorbild der Soldaten" (DNZ vom 11.02.1977) u.ä.m..

Vor allem im Vorfeld liefen diese Veranstaltungen keineswegs reibungslos ab, vielmehr kam es zu einer Reihe von Gegendemonstrationen. Einzelne Auftritte Rudels (so u.a. in

⁷ Zit. nach: Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, Bd. 2 Dokumente und Materialien, Opladen 1984, S. 63

⁸ Joachim Peiper (1915 - 1976), SS-Standartenführer der Waffen-SS, Regimentskommandeur in der ersten SS-Panzerdivision "Leibstandarte Adolf Hitler" während der Ardennenoffensive 1944/1945. Im Malmedy-Prozeß wegen Erschießungen von Gefangenen zum Tode verurteilt, später zu lebenslänglicher Haft begnadigt, 1956 aus dem Gefängnis entlassen. Er fand bei einem Brandanschlag einer französischen Untergrundorganisation den Tod. Vgl.: Wolfgang Benz, Hermann Graml und Hermann Weiß (Hrsg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S.869

⁹ Vgl.: Bernd Wagner (Hrsg.), Handbuch Rechtsextremismus, Hamburg 1994, S. 41

¹⁰ Uwe Backes und Patrick Moreau, Die extreme Rechte in Deutschland (Fn 2), S. 59: Nach den dortigen, sorgfältig recherchierten Angaben wuchs die Zahl der DVU-Mitglieder zwischen 1975 bis 1980 von 3800 auf 13500.

Hamburg) mußten wegen Gefährdung der Versammlungsteilnehmer abgesagt werden. Die Zahl öffentlicher DVU-Veranstaltungen¹¹ hat sich - vor allem aus diesem Grund - seither erheblich minimiert.

2.2 Geistige Wurzeln und Programmatik der DVU

Die Öffentlichkeit wurde auf die geistigen Wurzeln der DVU damals nicht nur durch den Auftritt ehemaliger NS-Größen, sondern auch durch entsprechende politische Programme aufmerksam gemacht. 1972 wurde ein 24 Punkte umfassendes "Aktionsprogramm" vorgestellt, das in wesentlichen Teilen Ähnlichkeiten mit dem Programm der NSDAP aus dem Jahre 1920 aufwies: Bei der NSDAP hieß es: "Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain", vergleichbar liest man im 52 Jahre später vorgelegten DVU-Aktionsprogramm: "Dem deutschen Volk müssen die gleichen Rechte zustehen wie allen anderen Völkern auch." Aus dem damaligen NSDAP-Programmsatz, "Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung eines Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen aus dem Reiche auszuweisen."², wurde bei der DVU: "Sicherung der Arbeitsplätze vorrangig für deutsche Arbeitnehmer. Deutsche Arbeitsplätze zuerst für deutsche Arbeitnehmer. Deutschland darf nicht länger Zahlmeister für fremde Interessen sein."

Punkt 8 des NSDAP-Manifests lautet:

"Jede weitere Einwanderung Nichtdeutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit dem 2.8.1914 (Beginn des Ersten Weltkriegs, d. Verf.) in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden."³

Entsprechendes findet sich im DVU-Aktionsprogramm:

"Begrenzung des Ausländeranteils, Stop dem zunehmenden Ausländerzustrom, Beschleunigung des Asylverfahrens, Ausweisung krimineller Ausländer."

Dieser Punkt wurde in einem programmatischen Anhang aus dem Jahre 1975 nochmals verschärft:

"Deutschland den Deutschen... Die Auswahl der Gastarbeiterschaft, wobei verwandte Kulturkreise zu bevorzugen sind, muß mit größter Sorgfalt erfolgen. Kriminelle, Kommunisten, Anarchisten sind abzuweisen bzw. abzuschieben."

Solche Zuspitzungen dürften als Zugeständnisse an die NPD-Programmatik zu interpretieren sein, da Frey kurz vorher auf dem Parteitag in Ketsch 1975 zum stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden gewählt werden wollte, dort aber scheiterte. Der damalige Gewinner der Wahl und spätere NPD-Vorsitzende Günter Deckert widmete sich ebenfalls in einigen Publikationen diesem Thema.¹⁴ Die "Ausländerfrage" wurde zu jener

¹¹ Seitdem hat sich mehr und mehr die Praxis eingebürgert, DVU-Interessenten erst eine Telefonnummer anwählen zu lassen, um ihnen auf diesem Weg den Versammlungsort mitzuteilen.

¹² Punkte 2 und 7 des NSDAP-Programms von 1920, vgl.: Gerhard Grimm, Der Nationalsozialismus. Programm und Verwirklichung, München 1981, S. 217

¹³ Grimm, a.a.O., ebd.

¹⁴ Vgl. u.a. Günter Deckert, Ausländerstop - Handbuch gegen Überfremdung, Kiel 1981

Zeit zu einem Modethema rechtsextremer Vereinigungen: Es kam zu "Initiativen gegen Überfremdung", etwa "Aktion Ausländerrückführung - Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung" (AAR) (gegründet 1977), "Hamburger Liste für Ausländerstop" (1982 gegründet) und "Kieler Liste für Ausländerbegrenzung" <ebenfalls 1982 gegründet, im selben Jahr bei Kommunalwahlen mit 3.8 % in der Ostseestadt relativ erfolgreich>.

Für Frey war abzusehen, daß trotz verstärkter Aufnahme von "NPD-Themen" wegen des Vorwurfs, kommerzielle Interessen dem "nationalen Anliegen" vorzuziehen, keine weitere Karriere bei der NPD möglich sein würde. Daher betrieb er eine eigene Parteigründung.

Hilfreich war ihm dabei die bereits 1972 initiierte Parallelorganisation "Freiheitlicher Rat". Dort waren bedeutende Integrationsfiguren aus dem rechtsextremistischen Spektrum vertreten, so u.a. Erwin Arlt (Mitgründer der Aktion Oder-Neiße, "Strohmann" Freys in weiteren rechtsextremistischen Organisationen und erster DVU-Vorsitzender 1971 - 1977), Alfred E. Manke (Deutscher Block, Initiator des Arbeitskreises Volkstreuer Verbände, 1972 NPD-Bundestagskandidat), der bereits erwähnte NPD-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag Siegfried Pöhlmann und Prof. Berthold Rubin (seit 1963 Mitarbeiter der "Nationalzeitung", Gründer der Aktion Deutscher Osten, Festredner bei der NPD-Gründungsveranstaltung 1964. Er propagierte ein "Viertes Reich" und bezeichnete den "Bonner Staat" als eine "weichgepolsterte Gummizelle"; 1971 wurde er wegen Vortäuschung einer Straftat zu einer sechsmonatigen Haftstrafe verurteilt). Dieser "Freiheitliche Rat" wurde von Frey in eine Reihe von DVU-Vorfeldorganisationen umgestaltet, die den Parteaufbau erleichtern sollten:

- Volksbewegung für Generalamnestie (für Nazi-Verbrechen, d. Verf.),
- Initiative für Ausländerbegrenzung,
- Aktion Deutsche Einheit,
- Aktion Deutsches Radio und Fernsehen,
- Ehrenbund Rudel - Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten und
- Schutzbund für Volk und Kultur u.a..

12.000 Mitglieder waren 1986 dort organisiert, ohne daß von einem eigentlichen "Vereinsleben" die Rede sein konnte. Vielmehr sollten diese Proselyten lediglich Produkte des Frey-Imperiums abnehmen und ihrem Chef einmal jährlich in der Passauer Nibelungenhalle im Rahmen einer Großkundgebung zujubeln.

Wie bei allen Aktionen Freys wurde auch die Parteigründung durch eine propagandistische Offensive in seinen Blättern vorbereitet. Im November 1986 begann er in seinen Zeitungen zur Gründung einer Wahlliste ("Deutsche Liste" <DL>, später "Deutsche Volksliste") aufzurufen.

2.3 Die Parteigründung

Am 5./6. März 1987 wurde schließlich die politische Partei "Deutsche Volksunion - Liste D" (DVU) im Münchner Löwenbräukeller ins Leben gerufen. Sie existierte viele Jahre selbständig neben der weiter bestehenden "überparteilichen" Organisation DVU. Ende 1987 verfügte die Partei DVU nach Angaben des Verfassungsschutzes über etwa 2500 Mitglieder, der Mitgliedsbeitrag betrug einkommensunabhängig DM 3.-, beide DVUs wurden in Personalunion von Frey geführt.

Die Gründung der DVU als Partei wurde offiziell mit der Enttäuschung über die "Wende" nach der Übernahme der Bundesregierung durch CDU/CSU und FDP begründet. Frey spekulierte dabei mit der Unzufriedenheit rechtskonservativer Kreise über die Bonner Politik seit 1982. Entscheidende Voraussetzung für den Wahlerfolg seiner Partei war sein hauptsächlich in Immobilien angelegtes Vermögen, das nach Angaben seines ehemaligen Mitarbeiters, des späteren REP-Europaparlamentariers Harald Neubauer, mehrere hundert Millionen DM betragen soll.¹⁵

Um sich mit der NPD eine ernstzunehmende Konkurrenz vom Leibe zu halten, begann Frey wieder wie Mitte der 70er Jahre mit einer Strategie der Annäherung gegenüber der damals überalterten Partei. Erstmals seit vielen Jahren empfahl er seinen Lesern für die Landtagswahl 1986 in Bayern die Wahl der Nationaldemokraten. Gleiches geschah zur Bundestagswahl 1987. Ein (bescheidener) Erfolg blieb nicht aus. Die NPD erzielte 0.6 % der Zweitstimmen und kam in den Genuß einer Wahlkampfkostenerstattung. Die Führungsgremien von DVU und NPD einigten sich in diesem Sinne, sich bei kommenden Wahlen zu unterstützen und nicht gegeneinander anzutreten. Die NPD sollte 1987 in Rheinland-Pfalz und 1988 in Baden-Württemberg kandidieren, die DVU-Liste D dagegen erstmals 1987 in Bremen. Die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft wurde so zum Testlauf für die "neue" Partei. Erstmals wurde eine extrem aufwendige Propagandaschlacht mit einem Etat von etwa zwei Millionen DM geführt, mehr als SPD und CDU in Bremen 1987 zusammen ausgeben konnten. Schließlich gelangte durch eine Besonderheit des Bremischen Wahlrechts trotz eines Gesamtergebnisses von nur 3.4% der Schiffsbauingenieur Hans Altermann¹⁶ als DVU-Kandidat in die Bremische Bürgerschaft.¹ Damit war seit 1972 (Ausscheiden der NPD aus dem Baden-Württembergischen Landtag) wieder eine rechtsextremistische Partei in einem bundesdeutschen Landesparlament vertreten.

¹⁵ Vgl. das Interview mit Harald Neubauer in der ARD-Fernsehsendung: Panorama v. 13. April 1992.

¹⁶ Hans Altermann, geb. 1935, parteiloser Schiffsbauingenieur, zieht 1987 für die DVU in die Bremische Bürgerschaft ein, parteipolitisch bisher nicht aufgetreten.

¹ Die Deutsche Volksunion - Liste D erzielte einen Gesamtstimmenanteil von 3.41% (13299 Stimmen), im Wahlbereich Bremen waren es 2.99% (9596 Stimmen), in Bremerhaven 5.40% (3703 Stimmen). Letzteres Ergebnis verhalf der DVU auf Grund einer Besonderheit des Bremischen Wahlrechts in die Bürgerschaft.

2.4 Entwicklung der DVU von ihrem ersten politischen Erfolg bis heute

Nach dem vielfach als überraschend empfundenen Bremer Erfolg strebte Frey zielstrebig nach einer Wiederholung bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Jahre 1989. Da für diese bundesweit stattfindende Entscheidung ein relativ begrenzter Aufwand an Werbemitteln bei gleichzeitig hohen Kostenerstattungen aus Steuermitteln zu erwarten war, interessierten sich auch eine Reihe anderer Parteien aus dem rechtsextremen Spektrum für eine Teilnahme. Daher kaufte er der NPD ihren Verzicht für eine Summe von einer Million DM ab, ließ aber eine Reihe ihrer Spitzenfunktionäre, darunter den damaligen Vorsitzenden Martin Mußnug², auf die DVU-Liste setzen. Auf Platz eins der Europaliste wurde naturgemäß Gerhard Frey gewählt, es folgten der ehemalige Wehrmachtsjagdflyger Wilhelm Crinius³ und Mußnug.

Diesmal lautete dem Anlaß entsprechend die Parole: "Erst Deutschland, dann Europa", aber auch - unpassend zu einer Europawahl - "Scheinasylanten ausweisen". Im Juni 1989 fand auf dem Sendlingertorplatz in München eine DVU-Kundgebung unter freiem Himmel statt. Einige Mitglieder der rechtsextremen Wiking-Jugend hielten nach einiger Zeit, umrahmt von sudetendeutscher Marschmusik, zwei DVU-Plakate mit der Aufschrift "Scheinasylanten ausweisen" hoch, worauf ein nervtötendes Pfeifkonzert linker Gegendemonstranten anhub, so daß Frey, der sich erst allmählich aus einer Gruppe gleichgewandeter Männer löste, kaum zu verstehen war. Schließlich ging die Veranstaltung in einem Inferno aus Buttersäure, Wurfgeschossen und Sprechchören ("Deutsche Polizisten schützen die Faschisten") unter. Dies wiederholte sich so oder ähnlich in vielen deutschen Großstädten, so daß der Erfolg der aufwendig betriebenen Stimmenjagd schließlich bescheiden blieb. Der Hauptgrund für das Desaster dürfte aber in dem Auftreten der 1983 gegründeten Republikaner gelegen haben, die auf Anhieb 7.1 % der Stimmen erhielten und in das Europaparlament einzogen.

Die DVU erzielte dagegen bundesweit nur 1.6 %, überdurchschnittliche Ergebnisse erreichte sie in Bremen (3.2 %), Baden-Württemberg (2.4 %) und Hessen (2.3 %), in Bayern erzielte Frey - wegen der starken Konkurrenz der Republikaner (über 14 %!) - nur etwa 1 %. Immerhin wurden der DVU 3,7 Millionen DM an Wahlkampfkostenerstattung überwiesen.

Als die NPD, zu deren Gunsten die DVU auf eine Kandidatur verzichtet hatte, bei der Bundestagswahl 1990 ein extrem enttäuschendes Wahlergebnis einfuhr (0.3 %, Republikaner 2.1%), beendete Frey das Wahlbündnis. 1991 ließ er den Zusatz "Liste D" streichen, behielt aber die Dualität von Organisation und Partei DVU bei.

1991 erhielt die DVU bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft 6.18 % (davon im Wahlkreis Bremen 5.38 %, in Bremerhaven 10.06 %) und zog mit fünf Abgeordneten in die Bürgerschaft. Die NPD hatte die DVU im Wahlkampf unterstützt und erhielt dafür

² Martin Mußnug (1936 - 1997), Rechtsanwalt, NPD-Vorsitzender von 1972 bis 1990

³ In der "National- und Soldatenzeitung" wurden seine bisherige Tätigkeit damit umschrieben, daß er einer der erfolgreichsten Jagdflyger des Zweiten Weltkriegs gewesen sei und allein über Stalingrad 70 sowjetische Flugzeuge abgeschossen hätte (vgl. auch "Deutsche Wochenzeitung" Nr. 49/1988, S. 1)

Listenplätze. So kam u.a. Karl-Heinz Vorsatz⁴ der in den 60er Jahren schon einmal für die Nationaldemokraten im Bremer Parlament gesessen hatte, erneut zu einem Mandat. In Schleswig-Holstein stimmten bei der Landtagswahl 1992 6.3 % der Wähler/innen für die DVU, die damit sechs Mandate erhielt.

Die DVU-Fraktion in Schleswig-Holstein zerfiel innerhalb weniger Monate, da einzelne Abgeordnete zur 1990 als Sammlungsbewegung der extremen Rechten gegründeten Deutschen Liga für Volk und Heimat wechselten. 1995 konnte die DVU bei der Stadtverordnetenwahl in Bremerhaven mit 5.7 % in das Kommunalparlament einziehen, bei den Landtagswahlen 1996 verpaßte sie den erneuten Einzug in den Kieler Landtag mit nur 4.3 % (- 2.0 % gegenüber 1992), vorher war sie bereits in Bremen mit 2.5 % (- 3.6 % gegenüber 1991) gescheitert.⁵ Bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg 1997 erzielte die Partei 4.97 % und scheiterte nur sehr knapp an der Fünfprozenthürde. Im April 1998 zog sie mit 16 Abgeordneten (12.9 %) in den Landtag von Sachsen-Anhalt ein und konnte - da in einem Landesparlament vertreten - ohne zeitraubendes Sammeln von Unterschriften ihre Teilnahme an der Bundestagswahl verkünden. Auf eine Kandidatur bei der bayerischen Landtagswahl am 13. September verzichtete sie dagegen.

Die DVU unterhält gegenwärtig in allen Bundesländern Landesverbände und gehört mit 15.000 bis 27.000 Mitgliedern (die Angaben schwanken stark) neben den Republikanern zu den stärksten rechtsextremen politischen Kräften in Deutschland.

3. Die Binnenstruktur der DVU

3.1 Kommunikation mit den Wählern

Der Bremer Sozialwissenschaftler Lothar Probst⁶ hat in einer beachtenswerten Studie die eigenartige Kommunikation zwischen DVU-Führung, ihren Kandidaten und ihren Wählern in Bremen zwischen 1987 und 1995 untersucht. Die DVU-Wahlkämpfe waren 1987 und 1991 erfolgreich, obwohl die Partei keine einzige öffentliche Veranstaltung durchführte. Werbung durch Personalisierung von Politik hat nicht die geringste Rolle gespielt. Während ihrer Präsenz in der Bremer Bürgerschaft unterhielt die DVU kein Partei- oder Fraktionsbüro, keine Anlaufstelle für die Bevölkerung, noch beschäftigte sie wissenschaftliche Mitarbeiter für ihre parlamentarische Arbeit. Genausowenig existierte - nach Aussagen eines ehemaligen Mitglieds der DVU-Fraktion - ein geregeltes örtliches

⁴ Karl-Heinz Vorsatz (1928 - 1992), Pädagoge, DRP- und NPD-Funktionär, bis 1991 Schriftleiter des NPD-Organs "Deutsche Stimme". Der NPD-Landesvorsitzende Hans-Otto Weidenbach wurde ebenfalls auf der DVU-Liste in das Bremer Parlament gewählt.

⁵ Auch dort war die DVU-Fraktion nach kurzer Zeit zerfallen.

⁶ Lothar Probst, Politische Mythen und symbolische Verständigung. Eine Lokalstudie über die rechtspopulistische DVU in Bremen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen Jg. 26 (1995), H. 1, S. 5-12: Vgl. auch: Jürgen Dinse, Zum Rechtsextremismus in Bremen. Ursachen und Hintergründe der Erfolge rechtsextremer Parteien, Bremen 1992

Parteileben.⁷ Die Steuerung der gesamten politischen Arbeit erfolgte ausschließlich aus der Münchner Parteizentrale. In den Wahlkämpfen wurde die DVU - wie andere rechtsextreme Parteien - von den Medien boykottiert, so daß die Partei auf andere Kommunikationswege zurückgreifen mußte. Die einzig greifbare Aktivität vor den Wahlen bestand in der Zustellung von Briefsendungen, die in hoher Zahl nahezu alle Bremer Haushalte erreichten.

Ein Fraktionssprecher der DVU in der Bremer Bürgerschaft beschreibt die Wahlkampfstrategie der Partei als "Setzung von Schwerpunkten mit ausgewählten Materialien", dann gäbe es die "Möglichkeit für die Leute, sich zu den Thesen der Partei in schriftlicher oder telefonischer Form zu äußern"⁸ und "direkt Kontakt zu uns aufzunehmen". Das geschähe sehr häufig: "So haben wir, um mal eine Zahl zu nennen, ich glaube rund 10.000 Kontakte herstellen können."⁹ Und weiter: "Ich kann noch hinzufügen, daß die Leute meistens mit Materialanforderungen, Programm und Informationsmaterial an uns herangetreten sind. Die Bürger sind dann schnellstens beliefert worden."¹⁰

Falls Interessierte bei der Münchner Parteizentrale Material anforderten, würden sie in den Computer aufgenommen, bekämen prompt Werbematerial zugesandt, das heißt, sie könnten Bücher kaufen, die "Nationalzeitung" bzw. die "Deutsche Wochenzeitung" bestellen. Dann werde gefragt: "Wollen Sie Mitglied werden?" Frey biete "jede Menge Vereine an", z.B. den "Rundfunk-" oder den "Oder-Neiße-Verein" (vgl. S. 8) an. Er wisse gar nicht, wie sie alle hießen. Gerhard Frey schrieb in einem Brief vom 07.10.1987 an einen DVU-Abgeordneten:

"Wir haben hier knapp 10.000 Adressen von Haushaltungen ... aus Bremen und Bremerhaven computermäßig registriert und an alle diese Haushalte einen maschinengeschriebenen Brief versandt. Die enormen Kosten dieser Aktion kann sich jeder selbst ausrechnen. Die gleichfalls rund 10.000 Freixemplare (der "Nationalzeitung", d. Verf.) führen wir ... bis Ende Oktober fort, um somit alle Interessenten, die sich gemeldet haben, über den Verlauf der Dinge nach der Wahl und das gewaltige Presseecho auf unseren Erfolg zu orientieren."¹¹

In einem der Briefe, die vor der Wahl in Bremen im September 1987 verschickt wurden, heißt es:

"Sehr verehrter Förderer der deutschen Sache, die neue Wahlpartei DEUTSCHE VOLKSUNION (Großschreibung im Original, der Verf.) -Liste D der vereinigten deutschen Rechten steht im Bundesland Bremen in einem für die deutsche Sache schicksalhaften Wahlkampf ... von Herzen bitte, ja beschwöre ich Sie, uns möglichst sofort durch den höchsten in ihren Kräften stehenden Spendenbeitrag zu helfen. Nehmen Sie bitte meinen aufrichtigen Dank für alles entgegen, was Sie bisher schon und was Sie jetzt für Deutschland tun."¹²

⁷ Lothar Probst hat im Dezember 1993 ein ehemaliges Mitglied der DVU-Fraktion in Bremen interviewt.

⁸ Probst, a.a.O., S. 7

⁹ Ebd.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Der Brief liegt Lothar Probst in Kopie vor.

¹² Auch dieses Schreiben liegt als Kopie vor.

Alle diese Beispiele zeigen, daß es der DVU trotz der extrem ungünstigen Ausgangsbasis gelungen ist, ihre Sympathisanten in einen persönlichen Kommunikationszusammenhang einzubinden, wobei die Münchner Zentrale die entscheidende Rolle einnimmt. Die örtlichen Funktionäre spielen dabei kaum eine Rolle, sie agieren als verlängerter Arm Gerhard Freys.

Ein ehemaliges Mitglied der DVU-Fraktion in Bremen berichtete Probst in diesem Zusammenhang, daß Frey es ausdrücklich untersagt habe, in Bremen oder Bremerhaven ein Parteibüro zu eröffnen.¹³ Der Grund für diese Entscheidung dürfte gewesen sein, daß der Münchner Verleger die "hehre deutsche Sache" von kleinlichen lokalpolitischen Querelen freihalten wollte.

Dennoch hat man sich nach dem Wahlerfolg 1991 offenbar bemüht, ein Minimum an Bürgernähe herzustellen, so wurde Anfang 1992 ein Fraktionsbüro eingerichtet. Auf die Frage der direkten Begegnung zwischen Funktionären, Mitgliedern und Interessenten antworteten Mitglieder der DVU-Fraktion in Bremen in einem Interview, das 1992 geführt wurde:

"Wir haben einmal im Monat einen Bürgertreff in Bremen. ... Alle, die es wünschen, sich auszusprechen, ihre Sorgen und Nöte darzulegen, haben dann Gelegenheit dazu. In Bremerhaven ist es günstiger. ... Dort finden ja auch innerhalb der Woche mehrfach Bürgersprechstunden statt. ... Und darüber hinaus eben, in Bremen beispielsweise, gibt es Hausbesuche, die wir auch alle machen. ... Hausbesuche sind bei uns immer aktuell. Krankenbesuche auch, wenn wir wissen, die Leute wünschen das. Also es ist immer ein persönlicher Kontakt da, der telefonisch abgesprochen wird."¹⁴

Zu dem Konzept der Einbindung gehört auch die Mitgliederbetreuung. So schrieb Frey an ein neues DVU-Mitglied:

"Sehr verehrtes Mitglied des Landesverbandes Bremen, beigefügt erhalten Sie die Mitgliedsnadel. Bitte nutzen Sie die kurze Zeit bis zum 13. September (1987, Termin der Bremer Bürgerschaftswahl, d.Verf.), um unserer jungen Partei weitere Mitglieder, Anhänger und Wähler zu gewinnen. Sie brauchen nur Ihren Bedarf an Aufklebern, Aufnähern, Bundes- und Bremer Programmen mitzuteilen. ... Besonders dankbar bin ich für die Übersendung von Anschriften freiheitlich denkender Bremer und Bremerinnen."¹⁵

Durch die Übersendung einer Mitgliedsnadel soll dem Neumitglied offensichtlich das Gefühl vermittelt werden, einer Gemeinschaft Gleichgesinnter anzugehören. Entgegen gelegentlich geäußelter Vermutungen besteht offensichtlich ein relativ dicht geknüpftes Kommunikationsnetz zwischen DVU-Funktionären und ihren Wählern, dazu gehören u.a. Krankenbesuche, gelegentliche Treffen, persönlich gehaltene Briefe und auch Symbole einer "verschworenen" Gemeinschaft. Freilich hat dies nicht verhindern können, daß die Fluktuation der Mitgliedschaft offenbar sehr hoch ist.

¹³ Probst, a.a.O., S. 8

¹⁴ Jürgen Dinse, Zum Rechtsextremismus in Bremen, a.a.O. (Fn. 22), S. 26

¹⁵ Der Brief liegt Probst als Original vor.

Die genannten Strategien der Wählereinbindung reichen für eine Interpretation der DVU-Erfolge nicht aus. Der amerikanische Politikwissenschaftler Murray Edelman sieht dafür bei Splitterparteien "Verdichtungssymbole" als grundlegend an. Er versteht darunter "Emotionen, die mit einer Situation verknüpft sind, Patriotismus, Ängste, das wehmütige Gedenken an vergangenen Glanz oder einstige Schmach, die Aussicht auf zukünftige Größe"¹⁶. Dazu tritt im Falle der DVU ein binärer Politik-Code, wie er in dem bekannten Diktum Carl Schmitts vom "Freund-Feind-Verhältnis" als Kriterium des Politischen zum Ausdruck kommt.¹⁷ Bei einer Analyse aller DVU-Beiträge in der Bremer Bürgerschaft, die der bereits erwähnte Sozialwissenschaftler Lothar Probst vor einigen Jahren durchgeführt hat, wird überraschenderweise deutlich, daß dabei nicht das Thema "Asylmißbrauch", sondern die Abgrenzung von den sog. "Altparteien" im Mittelpunkt stand. Im Sinne des oben beschriebenen binären Codes wurden dabei folgende Statements wiederholt abgegeben:

- "Wir verstehen uns als Anwalt der kleinen Leute (im Gegensatz zu den 'Altparteien', die die begüterten Schichten im Auge haben)."
- Kritik an "etablierten Apparatschiks".
- "Unten schröpfen, oben prassen - das scheint das Motto der politisch Handelnden zu sein."
- "Gegen Mißwirtschaft von Politikern und Mißachtung des kleinen Mannes."
- "Gegen die Absahnermentalität etablierter Parteien."
- "Bisherige Nicht- und Ungültigwähler sollten dieses Mal 'denen da oben' durch die Wahl der DVU die überfällige Quittung geben."¹⁸

Die hier in unterschiedlichen Variationen beschriebene "Oben-Unten"-Metapher läßt sich im Sinne Edelmanns als ein "zentrales Verdichtungssymbol" interpretieren, als dem Mythos vom "guten Volk", dem eine Oberschicht von "Ausbeutern und Ganoven" gegenübersteht: Eine linksextreme Phraseologie, ergänzt lediglich durch den Hinweis auf das "deutsche" Volk als "Schicksalsgemeinschaft". Auf der anderen Seite wird damit eine "natürliche Einheit" von Volk und DVU suggeriert. Beide Aussagen erfüllen mindestens drei Kriterien der Mythenbildung:

- Sie unterstellen, daß auch in modernen Gesellschaften eine (Rousseausche) Identität von Regierenden und Regierten möglich wäre und blenden damit die Komplexität zeitgenössischen Regierungshandeln völlig aus.
- Sie kommen im Sinne Carl Schmitts dem Bedürfnis nach einer klaren Freund-Feind-Orientierung nach.
- Sie wirken sinn- und identitätsstiftend, indem sie die Vorurteile einer frustrierten Wählerschicht ansprechen.

¹⁶ Murray Edelman, Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt/M. 1976, S. 5

¹⁷ Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen, Berlin 1932, vgl. auch: Heinz Laufer, Das Kriterium des politischen Handelns. Eine Studie zur Freund-Feind-Doktrin von Carl Schmitt auf der Grundlage der Aristotelischen Theorie und Politik, Würzburg 1963 (Jur. Diss.)

¹⁸ Alle Beispiele stammen aus Wahlkampfmaterialien bzw. Parlamentsreden von DVU-Abgeordneten in Bremen.

Das Grundmuster binärer Codierung im Sinne des Freund-Feind-Schemas läßt sich in nahezu allen Parlamentsreden von DVU-Abgeordneten und in den Wahlkampfmaterialien nachweisen. Dies gilt insbesondere für das Asyl- und Ausländerproblem, so heißt es dort:

- "Unsere Staatskassen wären gefüllt, wenn unser Geld nicht für fragwürdige und auch sinnlose Zwecke verschleudert würde. Das Verplempern deutscher Gelder ans Ausland, an Ausländer, Scheinasylanten, EG und so weiter sei als Beispiel erwähnt."
- "Ein großer Teil der Kindergartenplätze ist von Scheinasylanten belegt. Und wer bleibt auf der Strecke? Sozial schwache deutsche Familien."
- "Unsere Straßen müssen von kriminellen ausländischen Banden gesäubert werden."
- "Am Wichtigsten wäre es, das ganze Gesindel hinauszuschmeißen, das sich bei uns breit macht, also Kriminelle aus allen Kontinenten, Gangster, Gauner und Ganoven (Alliteration, d. Verf.) aller Hauttypen."
- "Wir wollen durch Ausländerbegrenzung und Abschaffung des Asylmißbrauchs Deutschland als Land der Deutschen erhalten."¹⁹

Auch diese Forderungen sind nach dem einfachen Grundmuster "Wir" und die "Anderen" gestrickt. Dabei werden "die Deutschen" in der Regel als Opfer (sozial Schwache, ehrliche Steuerzahler, durch Ausländerkriminalität Bedrohte u.ä.) dargestellt. Auch wird auf den Begriff des "Schicksals" keineswegs verzichtet, spielt doch diese Konnotation in allen Mythen der Weltgeschichte eine wesentliche Rolle.²⁰

Abschließend kann zur Kommunikation von DVU und ihren Wähler/innen Folgendes festgehalten werden:

- Das Faktum, daß eine nicht zu ignorierende Zahl von Wähler/innen sich in der von der DVU angebotenen Mythen und Bildern wiedererkennt, muß ernstgenommen werden.
- Auch in säkularisierten und fragmentierten modernen Gesellschaften besteht für bestimmte Bevölkerungsschichten gerade im Zeitalter der Globalisierung ein Bedürfnis nach kollektiver Orientierung und Identität.

3.2 Das Innenleben der DVU-Fraktionen

3.2.1 Bremen

Entgegen dem vielbeschworenen Mythos von der "Einheit des deutschen Volkes" gelang es den DVU-Fraktionen nicht, "ihren eigenen Laden zusammenzuhalten". Auf Grund des Er-

¹⁹ Alle Beispiele stammen aus Wahlkampfmaterialien bzw. Parlamentsreden von DVU-Abgeordneten in Bremen.

²⁰ Der Neukantianer Ernst Cassirer hat zu Recht bemerkt, daß wir in fast allen Mythen der Welt auf die Idee eines unerbittlichen, unvermeidlichen Schicksals treffen. E.C., Vom Mythos des Staates, Zürich 1949, S. 380

gebnisses der Bürgerschaftswahl in Bremen vom 29. September 1991 war die DVU in diesem Landesparlament zunächst mit sechs Abgeordneten vertreten:

- Hans Altermann, geb. 1925, fuhr nach der Entlassung aus russischer Kriegsgefangenschaft bis 1983 zur See, zuletzt als Schiffingenieur, seit 1987 DVU-Mitglied und Bürgerschaftsabgeordneter.
- Marion Blohm, geb. 1953, Hausfrau, DVU-Kreisvorsitzende in Bremerhaven, auf Vorschlag Gerhard Freys im Oktober 1991 zur DVU-Fraktionsvorsitzenden in der Bremer Bürgerschaft gewählt.
- Klaus Blome, geb. 1942, Ausbildung zum Bierbrauer, zuletzt aus gesundheitlichen Gründen Mitarbeiter in der Poststelle einer Bremer Brauerei.
- Peter Nennstiel, geb. 1943, Hauptschule, Schiffsjunge und Matrose, Schiffsführer in der Binnenschifffahrt, Hafenarbeiter, Arbeiter beim Wasser- und Schiffsamt Bremen.
- Karl-Heinz Vorsatz, 1928 - 1992, Chefredakteur des NPD-Organs "Deutsche Stimme", Pädagoge; Bürgerschaftsmitglied für die NPD 1967 - 1971.²¹
- Heinz-Otto Weidenbach, Polizeivollzugsbeamter, Verwaltungsangestellter, Maschinist, Hausmeister, NPD-Parteiangestellter, Journalist.
- Elfriede Budina, geb. 1928, Hausfrau, DVU-Mitglied seit 1987, Oktober 1992 bis September 1995 als Nachrückerin für Karl-Heinz Vorsatz Mitglied der Bremer Bürgerschaft.

Zuerst trat im Oktober 1991 der bereits 1987 in die Bremer Bürgerschaft gewählte Hans Altermann zur Deutschen Liga für Volk und Heimat über. Er wolle sich - bekannte er freimütig - nicht weitere vier Jahre von Gerhard Frey gängeln lassen, zumal seine finanzielle Versorgung durch die Wiederwahl 1991 gewährleistet und er jetzt von Frey unabhängig geworden sei. Im Juli 1993 trat Altermann dann auch aus der Deutschen Liga aus.²²

Peter Nennstiel verließ die DVU im Januar 1993 und bildete mit Altermann kurzzeitig die sog. "National-Konservative Gruppe" (NK), Kern einer möglicherweise neuzugründenden Partei. Ihr schloß sich im Oktober 1993 Blome an. Die DVU verlor dadurch rasch ihren Fraktionsstatus, da bei ihr nur Blohm, Vorsatz (bis zu seinem Tod) und Weidenbach verblieben, Budina behielt ihre DVU-Mitgliedschaft bis zum Ende der Legislaturperiode 1995.

Streitigkeiten entzündeten sich in der Bremer DVU-Fraktion vor allem in der Frage des Verhältnisses zur Münchner Zentrale, die von den Mandatsträgern offenbar Kadavergehorsam einforderte. Intern kam es bereits zu Beginn der Legislaturperiode bei der Wahl des Fraktionsvorsitzenden zu Auseinandersetzungen, da Altermann als "elder statesman" den Anspruch auf das Amt erhob, auf Freys Anweisung jedoch Blohm gewählt wurde.

²¹ Vorsatz wurde im Oktober 1990 wegen Volksverhetzung zu einer sechsmonatigen Freiheitsstrafe und DM 5000.- Geldbuße verurteilt, da er in Deutschland lebende Polen für die Ermordung und Vertreibung von Deutschen aus Polen im Zweiten Weltkrieg verantwortlich gemacht hatte. Vgl. Süddeutsche Zeitung, 25.10.1990, S. 6

²² Vgl. Jochen Grabler/Hermann Kuhn, Die DVU in der Bremischen Bürgerschaft, Bremen 1993, S. 6

In der Bremischen Bürgerschaft sind die DVU-Abgeordneten neben zweifelhaftem Finanzgebahren²³ vor allem durch Verweigerung einer kontinuierlichen Parlamentsarbeit aufgefallen. Sie waren zwar in den Plenardebatten in der Regel anwesend, beteiligten sich dort auch, meist jedoch mit sog. "Fensterreden", die z.T. wortwörtlich aus der Nationalzeitung stammten. In den Ausschüssen waren Bremer DVU-Abgeordnete entweder nicht präsent oder sie hüllten sich in Schweigen.

Die mangelnde Teilnahme an der Ausschußarbeit ist zum einen auf die intellektuelle Überforderung der Abgeordneten zurückzuführen, die bis zu ihrer Wahl in das Parlament kaum über nennenswerte politische Erfahrungen verfügten, zum anderen wirkte sich hier das Fehlen verankerter Parteistrukturen negativ aus. Entsprechend oberflächlich und inhaltsleer fielen auch Redebeiträge und Anträge der Abgeordneten aus. In ihren Parlamentsauftritten kamen sie nach kürzester Zeit auf das Thema "Ausländer und Asyl". So nutzten sie etwa die Haushaltsdebatte in der Bürgerschaft im August 1992 zu einer mit maßlosen Angriffen, wie z.B. "Scharen von Gaunern fremder Nationalität", "Gesindel" u.ä. durchsetzten "Generalabrechnung" mit der Asylpolitik der "Altparteien".²⁴

3.2.2 Schleswig-Holstein

Ähnlich ist die Rolle der DVU-Fraktion in Schleswig-Holstein, die zwischen 1992 und 1996 bestand, zu interpretieren. Bei der Landtagswahl am 5. April 1992 erzielte die DVU 6,3 % der Stimmen und konnte sechs Abgeordnete in den Landtag entsenden. Nur eine Mandatsträgerin blieb bis zum Ende der Legislaturperiode in der Partei. Ursprünglich bestand die Fraktion aus:

- Benvenuto Friese, geb. 1928, Mittlere Reife, Drogist, Importeur, Hersteller und Vertreiber von Holzspielzeug;
- Renate Köhler, geb. 1938, kaufmännische Angestellte, Hausfrau;
- Ingo Schachtschneider, geb. 1959, Arbeiter, seit 1989 DVU-Kreisvorsitzender in Steinburg;
- Ingo Stawitz, geb. 1950, Tiefdruckretuscheur, bis zu seinem Austritt DVU-Landesvorsitzender;
- Helmut Werner Thienemann, geb. 1936, Industriekaufmann, Betriebswirt;
- Karin Voss, geb. 1923, Rentnerin, DVU-Mitglied seit 1987.

Obwohl einige der DVU-Abgeordneten in Schleswig-Holstein sich bereits in fortgeschrittenem Alter befanden, erwies sich die Fraktion von Anfang an als höchst streitlustig - besonders im Hinblick auf die Münchner Zentrale. Als Folge der Kompetenzstreitigkeiten mit der

²³ So geriet u.a. Peter Nennstiel in die Schlagzeilen, da er 1992 mit einem Jahresgehalt von fast DM 100.000.- eine Sozialwohnung bezogen hatte. Die Partei kassierte monatlich ca. DM 55.000.- Fraktionszuschüsse, ohne selbst ein Fraktions- und Wählerbüro zu unterhalten. Nach einer Sperrung der Gelder wurde in Bremerhaven ein Fraktions- und Wählerbüro eingerichtet, so daß ab Oktober 1992 die Zuschüsse rückwirkend nachgezahlt wurden. Vgl.: Süddeutsche Zeitung, 9.10.1992, S. 5

²⁴ Vgl.: Nordseezeitung vom 27.8.1992, S. 3

Bundespartei mußte bereits im März 1993 Landesgeschäftsführer und Frey-Freund Ernst Sahling seinen Posten räumen.

Der anschließenden Auflösung der DVU-Fraktion im Mai 1993 waren gegenseitige Vorwürfe vorausgegangen. Wie nahezu immer im Zusammenhang mit der Person Freys spielten sicherlich auch finanzielle Gesichtspunkte eine wichtige Rolle. So vermutet nicht nur der ehemalige Abgeordnete Thienemann, daß Frey versucht habe, Profit aus der DVU-Fraktion zu schlagen:

"Geld ist für den alles - da haben wir nicht mitgespielt."²⁵ Schon im April 1993 hatte Frey eine Kontroverse mit Stawitz an die (rechtsextreme) Öffentlichkeit getragen, als er ihm in der Deutschen Wochenzeitung "Verrat an der DVU" und darüber hinaus schwerwiegendes finanzielles Fehlverhalten vorwarf. Stawitz wurde der "völlig unangebrachten Repräsentation" beschuldigt. Zwei Fraktionssekretärinnen seien für ein viel zu hohes Monatsgehalt "überwiegend im Privathaus von Stawitz"²⁶ tätig. Unangemessen aufwendig seien auch die Einrichtungsgegenstände im Fraktionsraum des Kieler Landhauses.²⁷

Ferner stellte ausgerechnet der DVU-Bundesvorstand fest, Redebeiträge von Stawitz hätten die DVU in den Geruch von Neonazismus und Rassismus gebracht. Ein Ausschlußverfahren gegen Stawitz wurde von dort aus eingeleitet. Während sich die übrigen Mitglieder der DVU-Fraktion mit ihm solidarisierten, trat die Abgeordnete Renate Köhler, die sich mit der Position der Münchner Zentrale identifizierte, aus der Fraktion aus. Ende Mai 1993 kam es zum endgültigen Auseinanderfallen der DVU-Fraktion im Kieler Landtag. Ein Versuch, als geschlossene Einheit zu den Republikanern überzutreten, scheiterte am Votum des damaligen Vorsitzenden Franz Schönhuber, der auf Abgrenzungsbeschlüsse gegenüber rechtsextremen Organisationen verwies.

Während schließlich drei Abgeordnete - darunter der ehemalige Fraktionsvorsitzende Stawitz - sich der Deutschen Liga für Volk und Heimat²⁸ anschlossen und lediglich eine Abgeordnete (Renate Köhler) in der DVU verblieb, gehörten zwei weitere Mandatsträger dem Landtag seit Juni 1993 zunächst als Parteilose an.

Da in Schleswig-Holstein mindestens vier Abgeordnete zur Bildung einer Fraktion nötig sind, verlor auch die bestehende Restgruppe aus ehemaligen DVU-Abgeordneten, die sich der Deutschen Liga angeschlossen hatten, ihren Status als subventionierter Zusammenschluß von Mandatären. Hiermit waren erhebliche finanzielle Mittel und der Anspruch auf Räumlichkeiten verlorengegangen. Die drei Abgeordneten der Deutschen Liga stellten daher einen Antrag auf Zulassung einer "parlamentarischen Gruppe".²⁹ Einen

²⁵ Zit. nach Kieler Nachrichten vom 26.5.1993, S. 5

²⁶ Kieler Nachrichten, 8.4.1993, S. 5

²⁷ Kieler Nachrichten vom 8. 4. 1993

²⁸ Die NPD steckte spätestens am Ende der 80er Jahre in einer schweren Krise. Das 1987 geschlossene Zweckbündnis mit der DVU-Liste D (s. o.) brachte ihr keine Erfolge mehr. 1989 hatte die NPD noch knapp 7.000 Mitglieder, 1969 waren es fast 30.000 gewesen. Nach dem niederschmetternden Ergebnis bei der Bundestagswahl 1990 (0,2 %) rief der damalige NPD-Vorsitzende Martin Mußnug zur Gründung einer Deutschen Allianz - Vereinigte Rechte auf, der vereinzelt Funktionäre aus rechtsextremistischen Parteien folgten. Nachdem auch die Deutsche Liga bei Wahlen erfolglos blieb, gab sie 1997 ihren Parteistatus auf. Vgl.: o.V., Deutsche Liga - Eine junge Partei im Aufwind?, Dortmund 1993

²⁹ Holsteinischer Courier, Kieler Nachrichten, jeweils vom 30.06.1993, Flensburger Tageblatt vom 6.7.1993

solchen Status sieht die Geschäftsordnung des Kieler Landtags nicht vor, so daß dieser abgelehnt wurde. Später gelang es den drei Abgeordneten, Benvenuto Friese ebenfalls zu einem Parteiübertritt zu überreden, so daß der Fraktionstatus - nun für die Liga - wieder erreicht wurde.

Auch in Schleswig-Holstein beschränkte sich die DVU in ihrer politischen Arbeit im Landtag auf wenige Themen, so vor allem auf Denunziation von "Politbonzen" und die "Ausländerfrage". Im Zeitraum vom Mai 1992 bis Mai 1993 bezogen sich 37 Prozent der Anfragen und fast 25 % der Anträge auf diese Themenkomplexe. So wurde u.a. die Forderung nach "Untersuchung aller Asylbewerber auf Seuchen" und die "Trennung von deutschen und ausländischen Schulkindern" aufgestellt. "Deutsche Kinder werden nicht mehr richtig gefördert, weil unsere Schulen durch Ausländer überlastet sind. Das Niveau sinkt. Leidtragende sind deutsche Kinder."⁶⁰

In dieselbe Kerbe schlugen fast alle DVU-Redner im Kieler Landtag: "Während Asylbetrüger aus aller Herren Länder die öffentlichen Kassen in der Bundesrepublik plündern, fehlt das Geld für ein ausreichendes Gesundheitssystem in Deutschland."⁶¹ "Durch entschlossene Maßnahmen gegen Asylbetrug und Überfremdung werden die Mittel frei, die zur Rettung und zur Neubelebung des deutschen Bauernstandes dringend erforderlich sind."⁶²

"Der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg sind drastische Sparmaßnahmen verordnet worden, weil die Herrschenden Geld benötigen, um die Wünsche ausländischer Mächte zu befriedigen. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Ausländer lehnen wir ab."⁶³ "Die Engholm-Regierung hat ihre Großzügigkeit gegenüber rumänischen Zigeunern, die sich als 'Asylbewerber' einschleichen, zur Genüge unter Beweis gestellt."⁶⁴

Rassistische Inhalte des DVU-Programms wurden hier kaum verhüllt einer breiteren Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht. Am 30. Oktober 1992 hat sich der Schleswig-Holsteinische Landtag in einer großen Debatte mit der DVU auseinandergesetzt. Dabei warf der frühere Kultusminister Bendixen (CDU) der DVU vor, sie hätte in den deutschen Parlamenten Haß und Rassismus wieder hoffähig gemacht.³⁵

³⁰ Stawitz im Landtag am 3.6.1992

³¹ Voss im Landtag 9.9.1992

³² Friese im Landtag, 10.9.1992

³³ Stawitz im Landtag, 10.9.1992

³⁴ Friese im Landtag, 27.8.1992

³⁵ Vgl. dazu Sonderdruck des Landtags von Schleswig-Holstein "Nationalsozialistische Gewaltverbrechen und der neue Rechtsextremismus von DVU und anderen Organisationen"

3.2.3 Sachsen-Anhalt

Seit der Landtagswahl in Schleswig-Holstein 1996 schien dieser Spuk aus deutschen Parlamenten vertrieben worden zu sein. Seit Mai 1998 sitzen nun mehr Abgeordnete der DVU denn je im Magdeburger Landtag. Es ist hier nicht der Ort, um alle 16 Mandatsträger vorstellen zu können, bemerkenswert erscheint jedoch, daß sechs Abgeordnete bereits mit Polizei und Staatsanwaltschaft Bekanntschaft gemacht haben. Mit dem 19jährigen Mirko Mokry und dem 68jährigen ehemaligen FDP-Mitglied Rudi Wiechmann stellt die DVU den jüngsten wie den ältesten Abgeordneten des Landtags.

Das Satiremagazin "Titanic" rief einige der Mandatsträger zu einem "Fackelzug durch das Brandenburger Tor" auf.³⁶ Ausgewählte Passagen aus den in diesem Zusammenhang geführten Telefongesprächen zeigen Denkart und intellektuelles Niveau der Neu-Parlamentarier:

"Titanic": Herr Wiechmann, wir planen am 1. Mai einen Sternmarsch auf Berlin, mit anschließendem Fackelzug durchs Brandenburger Tor! ...

Wiechmann: Am Freitag ? Das macht insofern Probleme, als wir uns am Samstag wieder treffen mit Dr. Frey.

Titanic: Dann haben Sie keine Probleme, Gleichschritt zu halten!

Wiechmann (stolz): Das ist richtig. Ich war noch bei der Wehrmacht, ja!

Titanic: Am Freitag um 10 Uhr. Da marschieren Sie los. Zwei Kilometer weiter wartet dann schon der Mannschaftswagen, der bringt Sie nach Berlin, damit Sie rechtzeitig am Brandenburger Tor sind.

Wiechmann (begeistert): Zur Dämmerungsstunde! Und Übernachtung! Ist gesichert?

Titanic: Ja, natürlich!

Wiechmann: Das ist klar, man fragt aber.

Titanic: Darf ich noch fragen, was Sie singen können?

Wiechmann: Singen, hahaha. Also, wir wollen nicht singen "Es zittern die morschen Knochen", hahaha...

Titanic: Wir verstehen uns. Und einen Slogan brauchen wir noch, "Die Arbeit macht Frey" überlegen wir gerade, Frey mit F-R-E-Y geschrieben...

Wiechmann: Wissen Sie, "Arbeit macht Frey" macht so'n schlimmen Gedanken, Herr ...

Titanic: Nun, wir polarisieren natürlich, das ist klar, aber wir, Sie haben etwas geschafft!

Wiechmann: Ja, alles klar..."

Abgesehen von diesen kabarettreife Einlassungen kann für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt resümiert werden, daß es der DVU hier gelungen ist, ihr Wählerreservoir - vor allem auf Kosten der CDU (- 12.4 %!) voll auszuschöpfen. Die Partei gerierte hier wohl als Sammelbecken von Enttäuschten. Dies zeigt sich auch bei der Zusammensetzung ihrer Kandidatenliste, auf der Vertreter sozial benachteiligter Gesellschaftsschichten besonders stark vertreten sind. Dazu paßt, daß bei Arbeitern der Zuspruch zu CDU und DVU (jeweils 19 %) gleich hoch ausfiel.³⁷ Bei den Arbeitslosen rangierte die CDU (15 %) hinter der DVU (17 %), die höchste Stimmenzahl erreichte bei dieser Personengruppe die PDS (23 %).

³⁶ Titanic 6/1998, S. 12ff.

³⁷ Vgl.: Everhard Holtmann, Ein "Denkzettel" mit ungewissem Verfalldatum. Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 26. April 1998, in: Gegenwartskunde Jg. 47, H. 2/1998, S. 197

Hervorstechende Merkmale des typischen DVU-Wählers in Sachsen-Anhalt sind (laut Infratest-dimap): Jung, männlich, Arbeiter, Auszubildender oder arbeitslos.³⁸ Daß die Anhänger dieser rechtsextremen Partei weltanschaulich überwiegend nicht festgelegt sind, sondern mit der Stimme "Protest" ausdrücken wollten, zeigt sich darin, daß sie ihre Erststimmen auf Kandidaten der PDS (23 %), SPD (22 %) und CDU (20 %) verteilten (die DVU hatte keine Stimmkreiskandidaten aufgestellt).

Über die Innenverhältnisse der DVU-Fraktion in Sachsen-Anhalt läßt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Anfang August 1998) erst wenig aussagen. Nach der Rede des neuen Alterspräsidenten Wiechmann (s.o.) und des Fraktionschefs Wolf von Sachsen-Anhalt zur Eröffnung des Landtags sind kaum Interna an die Öffentlichkeit gedrungen - angeblich sind in der DVU neue Frontlinien zwischen "jung und alt" aufgebrochen, seriöse Nachforschungen sind darüber bisher nicht angestellt worden³⁹.

In der Presse finden sich darüber hinaus Berichte über Zerwürfnisse in der DVU, da auch für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern eine Spitzenkandidatin aufgestellt wurde, gegen die die Staatsanwaltschaft ermittelt und Anklage erhoben hat.⁴⁰

4. DVU-Bündnispolitik nach der Wahl in Sachsen-Anhalt

"Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg" - dies scheint nach dem spektakulären Ergebnis der Magdeburger Wahl auch für die rechtsextreme Szene zu gelten. Zwar stellte der Publizist Thomas Pfeifer zurecht fest, daß die "DVU in ihrer Mediensicht zur Stellvertreterin des deutschen Rechtsextremismus geworden sei". Es handele sich um eine "Position, von der die Partei lange nicht zu träumen gewägt hätte, die an der Realität aber vorbeigehe."⁴¹ Pfeifer betont im Folgenden das neonazistische Konzept der "national befreiten Zonen". Man könnte aber auch an den Aufstieg der sächsischen NPD denken, um den DVU-Erfolg zu relativieren.

Nichtsdestoweniger ist es Frey (vorübergehend?) gelungen, einige 'Opinion-leaders' für die nächsten Wahlen an die DVU zu binden.

Als wichtigste "Neuerwerbung" konnte Frey den langjährigen Vorsitzenden der Republikaner, Franz Schönhuber, melden. Er kandidiert auf dem Spitzenplatz der DVU-Liste Bayern für die Bundestagswahl 1998, zudem für die DVU auch bei der Wahl zum Europäischen Parlament 1999. Vor Jahren noch beschrieb Schönhuber Frey als einen "Mann mit

³⁸ Vgl.: Die Welt, 28.4.1998

³⁹ Vgl.: "DVU: Jung gegen alt", in: Der Spiegel Jg. 51, H. 32/1998 vom 3.8.1998, S. 18

⁴⁰ Es handelt sich dabei um die 38jährige Gastwirtin Edith Happel, die wegen Betrug und Zurückhaltung von Sozialabgaben ihrer Angestellten angeklagt wurde. Vgl.: Bild am Sonntag, Jg.45, Nr. 30/1998 vom 26.7.1998, S. 6f.

⁴¹ Thomas Pfeifer, Und die Rechte bewegt sich doch, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte Jg. 51, H. 7/1998, S. 581ff.

beschränktem, von Geldgier und Haß umnebelten Horizont"⁴², "niemals werde er mit ihm paktieren" und weiter:

"Zu den Totengräbern der NPD zählte schon damals (Ende der 1960er Jahre, d.Verf.) der geschäftstüchtige Vergangenheitsbewältiger Dr. Gerhard Frey, der als NS-Devotionalien-Händler einen Riesenprofit macht, sich aber in den siebziger Jahren von der NPD abwandte, als diese sich mehrheitlich nicht von seinem Winken mit Geldscheinen beeindrucken ließ. Inzwischen hat ein Teil der NPD-Führung die Lehren aus der Vergangenheit vergessen und sich erneut mit Frey eingelassen. Das hat Gründe. NPD-Politiker hatten es auch im bürgerlichen Leben nicht immer leicht. Der eine oder andere litt unter permanenten Geldsorgen. Das ist nichts Ehrenrühriges. Aber die Gefahr, den Lockungen des Geldes zu erliegen, ist dadurch größer. Durch die Ehe mit dem rechtsradikalen Frey hat die NPD endgültig ihre Chancen verspielt, jemals der demokratisch legitimierten Rechten zugeordnet zu werden. Dies haben viele Mitglieder erkannt, die NPD verlassen und sich anderen Parteien zugewandt. (...)

Zur Person des Herrn Dr. Frey eine persönliche Anmerkung. Nach Erscheinen meiner beiden Bücher 'Ich war dabei' und 'Freunde in der Not' lobte er mich trotz meiner Distanzierung (vom Nationalsozialismus, d. Verf.) buchstäblich um Kopf und Kragen, verdiente durch ihren Vertrieb weit über 200.000.- DM, um mich dann nach Gründung der 'Republikaner' zunächst totzuschweigen und später ins politische Zwielflicht mit unqualifizierten Angriffen sogar gegen meine Familie zu setzen. Vergessen war bei diesem neurotisch zu nennenden Haßausbruch, daß er mir noch ein paar Jahre zuvor den von ihm gestifteten und mit 10.000.- DM dotierten 'Nationalpreis' angetragen hatte, was ich als eine Zumutung empfunden und abgelehnt hatte.

Die Frey-Blätter sind zu einer unerträglichen Belastung der deutschen Rechten geworden. Sie dienen als Alibi, jeden patriotischen Gedanken zu diffamieren und zu kriminalisieren. Dazu beigetragen hat die Vereinfachung historischer Vorgänge auf dem Niveau von Hilfschülern. Man denke an die stereotyp wiederholte Überschrift 'Waffen-SS Helden oder Verbrecher?' Diese Fragestellung bedeutet doch geradezu eine Einladung an unversöhnliche Umerzieher, ihre Angriffe auf das 'oder' zu konzentrieren. Waren's also keine Helden, dann waren's eben Verbrecher! Und da in der Tat nicht alle Helden waren, muß es in den Reihen der Waffen-SS auch Verbrecher gegeben haben.

Dies erscheint bei der Freyschen Fragestellung sogar logisch. Sie entspringt den Hirnwindungen des im oberpfälzischen Cham aufgewachsenen Geschäftsmannes, der keine Sekunde seines Lebens Soldat war.⁴³

Nach dieser Generalabrechnung aus dem Jahre 1987 hatte sich bereits im August 1994 das Verhältnis zwischen Frey und Schönhuber aus wahltaktischen Gründen entspannt. Der damalige Republikaner-Chef berichtet über eine Begegnung zwischen dem DVU- und dem REP-Vorsitzenden in einem seiner Memoiren-Bände.⁴⁴ Er sei über das Waffenverbot, das der bayerische Innenminister Beckstein über Frey verhängt hätte, erschüttert gewesen und habe ihm sein Mitgefühl versichert. Dafür habe Frey gedankt und ein erstes persönliches

⁴² Peter Schmalz, Meister Proper am rechten Schmutzrand. Der ehemalige Republikaner-Chef kandidiert bei der Bundestagswahl für die DVU. Details sind ihm egal, in: Die Welt vom 29.7.1998, S. 3

⁴³ Franz Schönhuber, Trotz allem Deutschland, München-Wien² 1987, S. 244ff.

⁴⁴ Franz Schönhuber, In Acht und Bann. Politische Inquisition in Deutschland, Berg 1995, S. 306 - 316

Treffen vorgeschlagen. Dieses habe am 22. August 1994 in Anwesenheit seiner Frau, der ehemaligen Münchner Stadträtin Ingrid Schönhuber und Freys Sohn Gerhard jun. am Tegernsee stattgefunden:

"Die Gesprächsatmosphäre war sachlich. Übereinstimmung herrschte von Anfang an in der Beurteilung der politischen Situation, der immer größer werdenden Gefahr von links. Einig waren wir uns auch darin, daß ein weiteres Aufeinandereinschlagen unter den rechten Parteien einzig und allein den etablierten Parteien nützt."⁴⁵

Aus dieser Unterredung ist eine Erklärung beider Parteivorsitzender hervorgegangen, in der sich Frey und Schönhuber gegen die "Kriminalisierung der demokratischen Rechten" aussprechen, gemeinsame Positionen in der Ausländerpolitik formulieren und dem "linken Terror" widerstehen wollen. Dieses Papier, das gegen Abgrenzungsbeschlüsse der Republikaner verstieß, führte schließlich zum Rücktritt Schönhubers als Parteivorsitzender im Dezember 1994. In der Folgezeit verlor Schönhuber bei den Republikanern an Rückhalt. Zugleich trat er in der Öffentlichkeit mit zunehmender Schärfe als Kritiker seines Nachfolgers Rolf Schlierer auf. Im Februar-Heft 1995 der "Szene-Zeitschrift" "Nation Europa" veröffentlichte Schönhuber einen Beitrag, in dem er die Abtrennung des rechtsextremen Flügels der Republikaner auf dem Ruhstorfer Parteitag 1990 bedauerte und die von Schlierer seiner Ansicht nach betriebene Annäherung an die etablierten Parteien scharf verurteilte.⁴⁶ Seit Mai 1995 publizierte Schönhuber regelmäßig Buchbesprechungen und Kolumnen in der von den Behörden als rechtsextrem eingestuften Hefereihe "Nation Europa" - Seite an Seite mit ehemals wegen rechtsextremistischer Tendenzen aus der Partei entfernter REP-Funktionäre wie Harald Neubauer oder Johanna Grund.⁴⁷ Er forderte "Runde Tische", um über den Zusammenschluß aller "Rechten" in einer Partei zu diskutieren - ein Projekt, das "Nation Europa" seit Jahren verfolgt. Im Juli/August-Heft 1995 übte Schönhuber erneut Kritik an der "Politik des Pfötchengebens" und kündigte an, er werde sich in Zukunft verstärkt um den "vorpolitischen Raum" (Strategie Gramscis, d. Verf.) bemühen.⁴⁸

In den folgenden Monaten wurde über die Teilnahme Schönhubers an derartigen Veranstaltungen berichtet. Bereits eine Wahl zum sächsischen Ehrenvorsitzenden der Republikaner im Juni 1995 hatte seine wachsende innerparteiliche Isolierung nur notdürftig überdecken können. Die Anti-Schönhuber-Front bei den REP verschärfte sich, je mehr sich der ehemalige Vorsitzende als möglicher Mittelpunkt neuer Sammlungsbewegungen anzubieten schien. Mit seinem Parteiaustritt im November 1995 kam er einem Ausschluß zuvor, der vom REP-Vorstand immer heftiger gefordert wurde. Die DVU freilich bezeichnete Schönhuber in einem Gespräch, das er im Januar 1996 mit Uwe Backes und dem Verfasser führte, als "verbrannt",⁴⁹ ihr sprach er zu jenem Zeitpunkt sogar den Parteistatus ab.

⁴⁵ Ebd., S. 307

⁴⁶ "Franz Schönhuber im Rückblick auf elf REP-Jahre", in: Nation Europa Jg. 45, H.2/1995, S. 26

⁴⁷ Beide waren Europaabgeordnete der Republikaner.

⁴⁸ Franz Schönhuber, Wie geht es weiter mit der deutschen Rechten?, in: Nation Europa Jg. 45, H. 7/8-1995, S. 6 und 10

⁴⁹ Uwe Backes und Gerhard Hertel, Dokumentation 1995, in: Backes/Jesse, Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 8, Baden-Baden 1996, S. 132: "Die bestehenden sogenannten Rechtsparteien sind meiner Meinung nach alle verbrannt. Das gilt gleichermaßen für die REP, in weit höherem Maße noch für die DVU, die ja nie eine richtige Partei war, sondern ein Unternehmen des Herrn Dr. Frey."

In den folgenden Monaten wurde Schönhubers Ton in "Nation Europa" immer larmoyanter, immer stärker verfiel er in Weltuntergangsstimmung. In einem Beitrag - mit "Endzeit" betitelt - heißt es am Ende:

"Herr Bubis mag zwar für sich in Anspruch nehmen, den weiteren Aufstieg der Republikaner und ihres damaligen Vorsitzenden mit Hilfe der 'willigen Vollstrecker' (in Anspielung auf Goldhagen, d. Verf.) aus den Medien verhindert zu haben, aber ich weiß, daß meine vor Jahren ausgesprochenen Befürchtungen über den sozialen und moralischen Niedergang unserer Volkes wahr geworden sind."⁵⁰

Als "Stimme des Volkes" wie als Cassandra versteht sich der ehemalige Chef der Republikaner auch in einer Kolumne, in der er unter der Überschrift "Ende der Illusionen" keineswegs mit der Rolle seiner ehemaligen Partei im deutschen Politikgefüge abrechnet, sondern wiederum den "moralischen Verfall" aller "Gutmenschen" aufs Korn nimmt:

"Aber das Spiel dürfte bald aus sein. Noch versucht man den Niedergang durch blinden Aktionismus zu verschleiern. Aber all die Menschen- und Lichterketten gegen die dramatisch anschwellende Arbeitslosigkeit, die Mahnwachen und Kirchenbesetzungen, angeführt von selbsternannten 'Gutmenschen', sind für die Katz. Rien ne va plus, nichts geht mehr! Die Politiker in unserem Land ähneln immer mehr dem Titel eines Fernsehstückes von dem Filmemacher Kluge: 'Artisten unter der Zirkuskuppel ratlos'. Der große Zampano Kohl versagt als Dompteur. Weder mit Zuckerbrot noch mit Peitsche vermag er sein aufheulendes Wolfsrudel, das Angst um die Futterplätze hat, zu bändigen."⁵¹

Die Rettung schien Schönhuber und seinen Freunden allerdings nahe, wie der Titel des Heftes "Modell Frankreich: Rechte Einheit - rechter Sieg"⁵² nahelegt. Diese Gelegenheit beim Schopfe packend, ging Schönhuber gleich nach der Wahl in Sachsen-Anhalt - im Gegensatz zu dem ehemaligen Grünen-Bundestagsabgeordneten Alfred Mechttersheimer⁵³ auf das Angebot Gerhard Freys ein und ließ sich für die Bundestagswahlen 1998 und die Wahlen zum Europäischen Parlament 1999 auf Spitzenplätze der DVU-Listen setzen. Mit einem konkreten politischen Programm ist dieser Schritt nicht verbunden, vielmehr heißt es am Ende einer Reportage über den alternden Politiker:

"Der Regen hat sich verzogen. Schönhuber erzählt von vergangenen Reisen mit dem Europaparlament. War das nicht schön, wie in Moskau selbst die Grünen ihn um Dolmetscherhilfe baten? Während die Sonne hervorkommt, klärt sich auch die wahre Vision des Franz Schönhuber auf: Noch einmal der Lebensabend-Idylle vom Tegernsee entrinnen

⁵⁰ Franz Schönhuber, Endzeit, in: Nation Europa, Jg. 47, H. 1/1997, S. 12

⁵¹ Franz Schönhuber, Ende der Illusionen, in: Nation Europa, Jg. 47, H. 4/1997, S. 12f.

⁵² Ebd. S. 1

⁵³ Nachdem ein Treffen zwischen Frey und Mechttersheimer im Januar 1997 und ähnliche "Argumentationslinien" in der Nationalzeitung wie in Mechttersheimer Postille "Friedenskomitee 2000" eine engere Zusammenarbeit erwarten ließen, ging letzterer überraschend nicht auf Freys Angebot ein, auf einer DVU-Liste zu kandidieren und möglicherweise in den Bundestag zurückzukehren. Vgl. Der Spiegel, Jg. 51, Nr. 26/1998 vom 22.6.1998

und ein wenig mitparlieren in der weiten Welt. 'Das hält dich länger jung', meint er zum Abschied."⁵⁴

Monetäre Ambitionen ("von Frey nicht gekauft"⁵⁵) weist er weit von sich, auf spektakuläre Großveranstaltungen will er im Wahlkampf überraschenderweise verzichten ("erstens trinke ich kein Bier, zweitens trage ich prinzipiell keinen Trachtenanzug, und drittens mag ich den bayerischen Defiliermarsch nicht"⁵⁶), so daß der Stellenwert des ehemaligen Abgeordneten im Europäischen Parlament für die Wahlkämpfe der DVU zweifelhaft erscheint.

Im Windschatten Schönhubers versuchen drei weitere ehemalige REP-Spitzenpolitiker auf DVU-Listen zu reüssieren:

- Der ehemalige stellvertretende Bundes- und Landesvorsitzende Otmar Wallner, ein Hotelier, dem nach wiederholten antisemitischen Aussagen der Parteiausschluß bei den Republikanern drohte, diesem aber durch Austritt zuvorkam. Auf Versammlungen hatte er, der die "Reichsidee" für das "einzig sinnvolle Ordnungsmoment in Mitteleuropa" hält, getönt, er werde "stets mit aller Härte für Deutschland kämpfen", es "gäbe schließlich kein Leben ohne Kampf."⁵⁷
- Rudolf Krause, Tierarzt, ebenso bis vor kurzem stellvertretender Bundesvorsitzender der Republikaner und Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt, ehemals CDU-Bundestagsabgeordneter führt die Frey-Liste für die Bundestagswahl in Sachsen an. Auch Krause rief - ähnlich wie Wallner - seine Parteifreunde auf Versammlungen dazu auf, sie müßten "hartgesottene Männer sammeln und unerbittlich werden".⁵⁸
- Hartmut Koch, ehemaliger Vorsitzender des Schiedsgerichts der Republikaner.

Ob diese drei Kandidaten als Parteilose - wie Schönhuber - auf die DVU-Listen gesetzt wurden, ist nicht bekannt. An prominenteren - bisher parteilosen - Personen aus dem rechtsextremistischen Spektrum finden sich ferner auf DVU-Listen zur Bundestagswahl 1998:

- Rolf-Josef Eibicht, ehemals Student am Geschwister-Scholl-Institut in München, Autor in der rechtsextremen Zeitschrift "Europa vorn", Herausgeber einer Festschrift für den Historiker Hellmut Diwald, Verfasser zahlreicher rechtsextremer Schriften.
- Walther Soyka, Journalist, Leiter eines dubiosen "Instituts für biologische Sicherheit", gehört zum Umfeld eines "Bundes für Gotterkenntnis" der Ludendorff-Bewegung.⁵⁹

⁵⁴ Schmalz, Meister Proper (a.a.O., Fn. 57)

⁵⁵ Ebd.

⁵⁶ Ebd.

⁵⁷ Der Spiegel, Jg. 51, Nr. 26 vom 22.6.1998

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ In einem Spruchkammerverfahren wurde Mathilde Ludendorff "wegen außerordentlicher Begünstigung des Nationalsozialismus" als "belastet" eingestuft und ihr Bund verboten. Trotzdem reorganisierte er sich in den 1950er Jahren und trat seither vor allem mit Publikationen in Erscheinung. Vgl.: Friedrich Wilhelm Haack, Wotans Wiederkehr, München 1981, S. 131ff.

Insgesamt darf festgehalten werden, daß die DVU-Bestrebungen, das rechtsextreme Lager zu einen, nach dem 26.4.1998 zwar an Intensität zugenommen haben und es Frey gelungen ist, einzelne Persönlichkeiten zu sich herüberzuziehen, daß von einer breiten Bündnisbewegung aber keine Rede sein kann. Ob diese Strategie sogar dann erfolgreich sein kann, wenn Zugpferde wie Schönhuber auf Massenveranstaltungen verzichten, darf bezweifelt werden.

5. Die Auslandsbeziehungen der DVU

War Gerhard Frey bislang in seinen Bemühungen, seine Partei international zu vernetzen, vor allem nach Osten orientiert⁶⁰, so bringt sein neuer Adlatus Schönhuber offenbar nun seine Beziehungen zu westlichen rechtsextremistischen Parteien⁶¹ ein.

Daß die DVU sich stärker "nach Osten ausrichtet", ist auch an ihrer parlamentarischen Praxis ablesbar, so forderte ihr Abgeordneter Thienemann im Kieler Landtag:

"Ostpreußen ist ein Teil Deutschlands, das von der DVU-Fraktion entwickelte Förderprogramm 'Deutsches Ostpreußen' soll ein erster Schritt zur Wiedergewinnung der deutschen Souveränität in Ostpreußen sein."

Und noch deutlicher:

"Wir sagen 'Pommern, Schlesien, Ostpreußen' sind deutsch! Nicht wir erheben Gebietsansprüche, sondern die Polen!"⁶²

Öffentliche Aufmerksamkeit erreichte der DVU-Chef, als er für solche Vorstellungen einen russischen Bündnispartner gefunden zu haben schien: Den Gründer und Vorsitzenden der Liberaldemokratischen Partei Rußlands (LDPR) Wladimir Wolfowitsch Schirinowskij.⁶³ Dieser trat bereits im August 1992 bei einer DVU-Kundgebung in Mühlhausen (Thüringen) auf, beschwor dort die deutsch-russische Freundschaft und gab anschließend mit Frey eine weithin beachtete Pressekonferenz.

Schirinowskij wurde 1946 als eines von sechs Kindern in Alma-Ata, der Hauptstadt Kasachstans geboren. Seine Mutter war Weißrussin und sein Vater ein jüdischer Anwalt

⁶⁰ Die Begegnungen Gerhard Freys mit Wladimir Schirinowskij wurden in den letzten Jahren außerordentlich medienwirksam vermarktet.

⁶¹ Am 15.6. 1998 trafen Gerhard Frey und Jean-Marie Le Pen zusammen und faßten im Europaparlament eine gemeinsame Entschließung.

⁶² Der DVU-Abgeordnete Thienemann im Kieler Landtag am 3.6. und 26.8.1992, zit. nach: Jürgen Hoffmann und Norbert Lepszy, Die DVU in den Landesparlamenten: Inkompetent, zerstritten, politikunfähig. Eine Bilanz rechtsextremer Politik nach zehn Jahren, St. Augustin 1998 (=Interne Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung Nr. 163), S. 34

⁶³ Dazu: Viktor Timtschenko, Ich erwecke Rußland mit Blut - Wladimir Shirinowski, Berlin 1994; Wolfgang Eichwede (Hrsg), Der Schirinowskij-Effekt. Wohin treibt Rußland?, Reinbek 1994, Willibald Fink und Monica H. Forbes, Schirinowskij - Politiker-Populist-Nationalist?, München 1994, Gerhard Hirscher/Klaus Lange, Schirinowskij und die LDPR - Gefahren für die deutsche und internationale Politik, München 1994, Gerhard Hirscher, Schirinowskij und der deutsche Rechtsextremismus, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Extremismus und Demokratie Bd. 6, Bonn 1994, S. 162 - 179

ohne großen Besitz. Seine frühen Jahre - er verließ Alma-Ata als Achtzehnjähriger - waren von Frustrationen und einem schmerzlich empfundenen Mangel an Liebe gekennzeichnet. Er beschreibt diese Periode offen und mit vielen Einzelheiten in seiner 1993 veröffentlichten Autobiografie (*Posledy brossok na jug*). Schirinowskij studierte nahöstliche Sprachen in Moskau und diente der Sowjetarmee im Kaukasus. Später kam Jura hinzu und eine Arbeit in einem Moskauer Verlag.

Schirinowskij machte in der Periode von "Glasnost" einen ersten vorsichtigen Vorstoß in die Politik. Er wußte - seinen eigenen Angaben zufolge - schon damals, daß er eine neue Partei gründen und "führen" wollte. 1991 gelang es ihm noch nicht, in den Moskauer Stadtrat gewählt zu werden. Als seine Partei erstmals 1991 offiziell registriert wurde, hatte er Mühe, 500 Unterschriften zu sammeln. Seinen Durchbruch schaffte er aber wenig später bei den Präsidentschaftswahlen 1991, als über sechs Millionen Russen für ihn stimmten. Seinen größten Erfolg konnte er bei den Duma-Wahlen im Dezember 1993 verzeichnen, als seine Liberal-demokratische Partei, die weder liberal noch demokratisch ist, die relativ meisten Stimmen erhielt. Es handelte sich dabei in erster Linie um einen persönlichen Erfolg. Zwar hatte Schirinowskij ein Schattenkabinett, sowie einen "Obersten Sowjet" aus Heeresoffizieren, einigen Ökonomen und Journalisten zusammengestellt, aber diese waren nicht landesweit bekannt. Schirinowskij allein zog offensichtlich die Massen an.

Bezeichnend für ihn waren seine außenpolitischen Vorstellungen. Er rief zur Wiedervereinigung des alten Sowjetimperiums auf, einschließlich der baltischen Republiken und möglicherweise Polens sowie Finnlands. Polen sollte dabei - wie bereits einmal geschehen - zwischen Deutschland und Rußland aufgeteilt werden. Die Tschechische Republik sollte in seinen Vorstellungen - wie ebenfalls bereits vorexerziert - an Deutschland ausgeliefert werden, die Slowakei an Rußland.

Derartige Vorstellungen schienen Gerhard Frey, der sich mit der Nachkriegsordnung noch nie versöhnen ließ, zu faszinieren. Vor allem mit dem Versprechen der Rückgabe des nördlichen Teils Ostpreußens versuchte er, seine Anhänger zu fesseln. Da aber Schirinowskij selbst im rechtsextremen Lager über einen zwielfichtigen Ruf verfügt, blieben auf diesem Feld bedeutsame politische Erfolge aus. "Die wunderbare Freundschaft"⁶⁴ (Frey) zerbrach, als Schirinowskij in weiteren Einlassungen davon sprach, daß in "zehn oder zwanzig Jahren" für Frankreich und Deutschland "alles vorbei sein werde"⁶⁵, da er plane, den Lebensmittelmangel Rußlands dadurch zu beheben, daß er (als künftiger russischer Präsident) anderthalb Millionen russischen Soldaten befehlen werde, unter Einsatz von Atomwaffen in Deutschland einzumarschieren.⁶⁶ Innerhalb von 72 Stunden würde Rußland dann über ausreichend Nahrungsmittel verfügen können.

Aus naheliegenden Gründen (Geographie/Geschichte) gestalteten sich bislang die Beziehungen zwischen DVU und dem österreichischen Rechtsextremismus besonders eng und dies

⁶⁴ Vgl. das Vorwort Freys zu dem in einem DVU-Verlag erschienenen Band Wladimir Schirinowskij, Was ich wirklich will, München 1994

⁶⁵ Vgl. : Walter Laqueur, Faschismus. Gestern, heute, morgen, Berlin 1997, S. 284

⁶⁶ Auch Schönhuber bezeichnete (u.a. wohl aus diesem Grund) Schirinowskij in einem Gespräch zwischen ihm und Uwe Backes sowie dem Verfasser im Januar 1996 als "Unheil", vgl. Backes/Hertel, a.a.O. (Fn. 64), S. 142

auch deshalb, weil Freys Partei Österreich zum "Inland" rechnet,⁶⁷ wie sich an einer DVU-Anfrage an die Kieler Landesregierung vom November 1992 ablesen läßt. Autoren der Konrad-Adenauer-Stiftung kommentieren diesen Vorgang zurecht als "groteske DVU-Träume von einem neuen Großdeutschland, wenn nach der Zahl der 'Dienstreisen der Mitglieder der schleswig-holsteinischen Landesregierung während der 12. Wahlperiode ins Ausland (ohne Österreich)' gefragt wird."⁶⁸

In der Nationalzeitung nimmt die Berichterstattung zu Österreich einen breiten Raum ein. Zahlreiche Artikel sind zum Beispiel der angeblich drohenden "Überfremdung" Österreichs, seiner Zugehörigkeit zum "deutschen Volkstum" oder der "Macht des jüdischen Weltkongresses" in Wien gewidmet. Großer Anteil wird an der Entwicklung der FPÖ genommen, deren Bundesobmann Jörg Haider als Vertreter des "nationalen Lagers" regelmäßig bejubelt wird. So hat z.B. die Deutsche Wochenzeitung unter dem Titel "Haider - der rechte Sieger" bereits 1986 festgestellt:

"Zwei Monate nach dem Innsbrucker FPÖ-Parteitag, auf dem der antinationale Dr. Steger (Vizekanzler unter Sinowatz, d. Verf.) durch Dr. Haider als Vorsitzender der Freiheitlichen Partei ersetzt wurde, errang bei den Nationalratswahlen des vergangenen Sonntags Österreichs nationalliberales Lager einen sensationellen Sieg. (...) Die erneuerte Freiheitliche Partei, die sich zum deutschen Volkstum und zur deutschen Kulturgemeinschaft nach ihrem Programm und ihren Aussagen ihrer Spitzenpolitiker bekennt, bewies mit ihrem Resultat am Sonntag die Abwegigkeit des Stegerkurses, der mit Hilfe seines gleichfalls gescheiterten Generalsekretärs Grabher-Mayer aus einer traditionell nationalen Partei eine antinationale machen wollte."⁶⁹

In einer Serie der Nationalzeitung mit dem Titel "Woran glauben Sie? - 16 Fragen an bedeutende und bekannte Persönlichkeiten" wurde eine Reihe von Interviews mit österreichischen Rechtsextremisten geführt, z.B. mit Otto Roßkopf (Führer der "Kameradschaft Prinz Eugen"), Otto Scrinzi (1966 - 1979 FPÖ-Nationalratsabgeordneter, Kandidat des "nationalen Lagers" bei den Bundespräsidentenwahlen 1986) oder Norbert Burger (Vorsitzender der 1988 wegen versuchter Wiederbelebung des Nationalsozialismus aufgelösten Nationaldemokratischen Partei Österreichs) und Andreas Mölzer (Chefideologe der FPÖ).

Bei den von der DVU jährlich in Passau abgehaltenen Großveranstaltungen wird der kulturelle Teil häufig von österreichischen Trachtengruppen bestritten, unter den Teilnehmern und Referenten fanden sich Österreicher wie Otto Scrinzi (1982, 1983, 1984, 1987 und 1990), Otto Roßkopf (1985) u.a.. Scrinzi ist Träger des von Frey gestifteten "Andreas-Hofer-Preises", den er 1982 von der DVU erhalten hat. In Österreich bestehen also weniger zu Parteien als zu Einzelpersonen aus dem rechtsextremistischen Spektrum dauerhaft Kontakt. Allerdings soll Frey die neonazistische, kurzzeitig aufgetretene Liste "Nein zur Ausländerflut", eine Unterorganisation der Wiener "Aktion Neue Rechte" finanziell

⁶⁷ Vgl.: Das Parlament vom 13.11.1992

⁶⁸ Norbert Lepszy/Hans-Joachim Veen, "Republikaner" und DVU in kommunalen und Landesparlamenten sowie im Europaparlament, St. Augustin 1994 (=Interne Studien und Berichte Nr. 63/1993-1994 Erweiterte Fassung)

⁶⁹ Deutsche Wochenzeitung 49/1986, S. 1

unterstützt haben.⁷⁰ Ähnliches gilt für Großbritannien. Im Lauf der Zeit entwickelten sich sehr enge persönliche Beziehungen zwischen dem britischen Revisionisten David Irving und Frey. Auch dieser ist Träger verschiedener DVU-Preise.

Im Hinblick auf die Europawahlen scheint es nicht vorhersehbar zu sein, ob sich bei einem erfolgreichen Abschneiden die DVU einer "Technischen Fraktion der europäischen Rechten" - wie zeitweilig die Republikaner - anschließen würden. Alle rechtsextremen Parteien Europa verfolgen in etwa gleiche Ziele, u.a.:

- Kulturkampf gegen "linke Milieus",
- Protest gegen das Parteienestablishment,
- Rassismus und Ultrationalismus.

Abgesehen davon, daß sich das letztere Ideologem leicht in die Quere kommen kann ("La France d'abord" vs. "Deutschland zuerst"), entscheiden bei rechtsextremen Gruppierungen im Europaparlament häufig Sym- bzw. Antipathien ihrer Führer über Zusammenarbeit oder Gegnerschaft.⁷¹ Das läßt für die Kooperationsmöglichkeiten der DVU in Straßburg wenig Spielraum.

6. Resümee

6.1 Positionierung im deutschen Parteiensystem

Die DVU muß der Alten Rechten zugeordnet werden.⁷² Mit Aufbruchstimmung in diesem Segment hat sie programmatisch wie organisatorisch wahrlich nichts zu tun. Nach dem Niedergang der NPD kam es in Teilen des rechtsextremistischen Lagers zu Überlegungen, "von den Linken zu lernen"⁷³, d.h. revolutionäres Bewußtsein, Enttabuisierung von Traditionen und der Rolle des Staates etc. in die Programmatik zu übernehmen. Dagegen bezieht sich die DVU sehr traditionell auf Heimat, Volk und Familie und stellt neben der Glorifizierung des Soldatentums die Wiedererrichtung eines großdeutschen Reiches in den Mittelpunkt ihres Programms: Allein drei von zwölf Punkten des aktuellen Forderungskatalogs (aus dem Jahre 1993) bezieht sich auf die "deutsche Identität". Der Rest erscheint nach politischer Opportunität bunt gemischt und reicht von "Schutz vor Kriminellen" bis zu "verstärktem Umwelt- und Tierschutz". Neonazistische Tendenzen sind - bis auf außenpolitische

⁷⁰ Vgl.: Stiftung Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien²1993, S. 431

⁷¹ So berichtete Schönhuber z.B. über sein Verhältnis zu den italienischen Neofaschisten mit einem Höchstmaß an Subjektivität: "Zunächst haben die Italiener mich sehr favorisiert. Sie haben mich eingeladen, ich sollte nach Rom kommen, Signora Mussolini kennenlernen, das hätte mich schon interessiert..." Backes/Hertel, a.a.O. (Fn. 64), S. 143

⁷² Dies gilt, obwohl der Ziehvater der Neuen Rechten, Armin Mohler, gelegentlich in der Nationalzeitung publiziert hat.

⁷³ Gert Waldmann, Von der Linken lernen. Respektlose Gedanken eines jungen Nationalisten, in: Nation Europa Jg. 19, H. 8/1969, S. 23f. Gert Waldmann ist ein Pseudonym für Wolfgang Günther.

Vorstellungen - nicht erkennbar. Der Kontakt zu solchen Gruppierungen, z.B. zur Wehrsportgruppe Hoffmann wurde - offiziell - bereits in den 70er Jahren abgebrochen.

Vorstellungen zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen bleiben rudimentär, so umfaßt der Abschnitt zur "Schaffung von Arbeitsplätzen" nur wenige Sätze, in denen lediglich von der "Befürwortung eines umfassenden Programms der sozialen Sicherheit für die deutsche Arbeitnehmerschaft" die Rede ist und die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmer gefordert wird.

In der Wochenzeitung "Junge Freiheit" wird neuerdings berichtet, rechtsextreme Parteien hätten die "Soziale Frage" (vor allem in den Neuen Bundesländern) für sich entdeckt. Ausgerechnet der Multimillionär Frey hätte im Wahlkampf von Sachsen-Anhalt sich als "Kämpfer für soziale Gerechtigkeit"⁷⁴ vorgestellt. Dies klingt einigermaßen unglaubwürdig. Tatsache ist jedoch, daß das Bekenntnis zum "nationalen Sozialismus" bei Konkurrenzparteien der DVU an Gewicht gewonnen hat. So heißt es etwa im NPD-Parteiprogramm in enger Anlehnung an die NSDAP: "Aus sozialer Gerechtigkeit wächst die nationale Volksgemeinschaft."⁷⁵

Ernstzunehmende Unterschiede zwischen NPD, DVU und Republikanern finden sich im Verständnis der Arbeit in den Parlamenten: Während NPD und DVU Fundamentalopposition⁷⁶ betreiben, wollen sich Republikaner - jedenfalls bislang - als "Nationalkonservative" eher den etablierten Parteien andienen. Parteichef Schlierer schließt aus seiner Sicht daher in langfristiger Perspektive Koalitionen mit den Unionsparteien nicht aus. Einige Politikwissenschaftler weigern sich, überhaupt eine Verankerung der DVU im Parteiensystem anzuerkennen, da sie lediglich eine "Briefkastenfirma" sei und sich nur als Sammelbecken für diffusen Protest anbiete. Ihre Slogans seien ohne jede Substanz und knüpften ausschließlich an bestehende Vorurteile gegenüber Ausländern und anderen Minderheiten an. Sie thematisiere nationalistische wie sozialistische ideologische Versatzstücke, die teilweise auch in der DDR vertreten worden wären.⁷⁷

Dem ist entgegenzuhalten, daß zum einen die Programme rechtsextremistischer Parteien seit jeher nur einen sehr geringen Stellenwert eingenommen und daß zum anderen eine Reihe "rechter" Gruppierungen bereits seit dem Kaiserreich fast ausschließlich mit Schlagworten ihre Wahlkämpfe bestritten haben.⁷⁸ Selbstverständlich standen ihnen dafür die heutige Me-

⁷⁴ Oliver Geldszus, Die linke Kritik von rechts. Parteien: DVU und NPD erkennen die politische Bedeutung der sozialen Frage, in: Junge Freiheit Jg. 13, Nr. 31 /32-1998 vom 24.7.1998, S. 6

⁷⁵ Ebd.

⁷⁶ Bezeichnend dafür ist der Vorwurf der DVU-Fraktion in Bremen an ihr Mitglied Karl-Heinz Vorsatz, er habe die Partei "verraten", da er an "zahlreichen, von Etablierten organisierten Empfängen und Repräsentationsveranstaltungen" teilgenommen habe. Darüber hinaus habe er, so weiter der Vorwurf, in "aller Öffentlichkeit das 'gute Klima innerhalb der Bürgerschaft' gerühmt." Vgl.: Uwe Backes, Organisationen 1992, in: Ders. und Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie Bd. 5, Bonn 1993, S. 125.

⁷⁷ Wolfgang Rensch, Anmerkungen zum Parteiensystem in Sachsen-Anhalt, in: Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt (Hrsg.), Demokratie in Bedrängnis? Sachsen-Anhalt nach der Landtagswahl 1998, Magdeburg 1998, S. 24f.

⁷⁸ Dies gilt z.B. für die Christlich-Soziale Arbeiterpartei, die 1878 mit dem Schlagwort "Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich" antrat, wie für eine Reihe von kleineren antisemitischen Parteien. Vgl.:

dienlandschaft noch nicht zur Verfügung. Für rechtsextreme Parteien, die sich auf die gegenwärtige Mediengesellschaft eingestellt haben, prägte der Kölner Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traughber vor einigen Jahren den Begriff des "Rechtspopulismus"⁷⁹. Für den Begriff "Populismus" reklamiert der Autor folgende Definitionen ein:

- Bezug auf das "Volk", das als Einheit verstanden wird.
- Rekurs auf das Unmittelbare und die direkte Beziehung zwischen Basis/"Volk" auf der einen und populistischem Akteur auf der anderen Seite.
- Anlehnung an den "Stammtisch" - an real existierende, aber diffuse Einstellungen. Der "Populismus", so ein anderer Autor "knüpft an am Alltagsverstand (Antonio Gramsci), an den Traditionen der Bevölkerung, an die Volksmoral - und bindet dann alle möglichen Forderungen, Gefühle und Ideologien an diese Anti- und Volksdiskurse. Er mobilisiert Widerstandsenergien, versteckte Wünsche, verdrängte Widersprüche. Er appelliert an die Empörbarkeit des Menschen, aber auch an seine Verletzbarkeit".⁸⁰
- Hinsichtlich der politischen Ausrichtung ist zwischen Rechts- und Linkspopulismus zu unterscheiden. Wenngleich Populismus in der Regel von Vertretern der (extremen) Rechten genutzt wird, so sollte doch nicht ignoriert werden, daß es Derartiges auch bei der politischen Linken gegeben hat, ja zeitweise sogar offensiv eingefordert wird.⁸¹
- Ferner wären verschiedene themenbezogene Varianten des Populismus zu unterscheiden, wie Populismen "von oben" oder "von unten".

Bezogen auf die deutsche Parteienlandschaft kam Pfahl-Traughber 1994 zu dem Ergebnis, daß "alle Parteien der extremen Rechten die Notwendigkeit populistischer Agitation für ihre Wahlstrategie eingesehen hätten",⁸² daß aber lediglich die Republikaner als rechtsextrem-populistische Partei anzusehen wären,⁸³ während DVU oder NPD zwar auch Probleme der Gegenwart thematisierten, aber nicht nur in ihrem Habitus, sondern auch mit ihren Themen mehr vergangenheitsorientiert seien. Dieses Erscheinungsbild hat sich seit einiger Zeit verändert, so daß sich Inhalt wie Formulierung der Propaganda im rechtsextremen Lager angeglichen haben: Heißt es bei der DVU "Eurogeld ist Wahnsinn", so formulieren die Republikaner nur wenig feinsinniger "Der Euro wird so stabil, wie die Titanic unsinkbar war." Auch die DVU ist auf einen rechtspopulistischen Kurs eingeschwenkt, hat ihre

Hans Fenske, Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Paderborn 1994, S. 140ff.

⁷⁹ Vgl: Armin Pfahl-Traughber, Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa, Bonn 1994

⁸⁰ Peter Glotz, Die deutsche Rechte. Eine Streitschrift, Stuttgart 1989, S. 24ff.

⁸¹ Vgl. Ernesto Laclau, Zu einer Theorie des Populismus, in: Ders., Politik und Ideologie im Marxismus, Kapitalismus - Faschismus - Populismus, Berlin 1981, S. 73 - 122

⁸² Pfahl-Traughber, a.a.O. (Fn. 92), S. 21

⁸³ Im Ergebnis ähnlich bereits Gerhard Hirscher, Die Republikaner. Auseinandersetzung mit einer Protestpartei zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, München 1990 (=Veröffentlichung der Hanns-Seidel-Stiftung)

Vergangenheitsfixierung überwunden⁸⁴ und sich in ihrer Agitation den Republikanern angenähert, so daß Unterschiede zwischen diesen beiden Parteien kaum erkennbar sind. Für die nähere Zukunft ist ein weiteres Aufeinanderzugehen zu erwarten. Vielleicht beruht der Verzicht der DVU auf eine Teilnahme an der Landtagswahl in Bayern am 13.9.1998 zugunsten der Republikaner auf einer Absprache, die von Bedeutung für die Zukunft beider Parteien sein kann.

6.2 Bekämpfungsmöglichkeiten des Rechtsextremismus

Da Unterschiede zwischen rechtsextremen Parteien gegenwärtig in Deutschland offensichtlich abnehmen, können Gegenstrategien nicht auf die DVU beschränkt bleiben, müssen vielmehr das gesamte politische Segment in den Blick nehmen. Gründe für die Bekämpfung rechtsextremistischer Parteien ergeben sich zum einen aus dem dort vertretenen, nicht mit dem Grundgesetz zu vereinbarenden Menschenbild, zum anderen aus der Programmatik und der Struktur dieser Organisationen, die in vielen Fällen ein Verbot durch das Bundesverfassungsgericht rechtfertigen würden.⁸⁵ Man sollte ferner nicht übersehen, daß die ausländerfeindliche Propaganda u.a. der DVU ein gesellschaftliches Klima entstehen läßt, in dem es zu erheblichen Straftaten gegen ausländische Mitbürger kommen kann (einer der Solinger Brandstifter, die ein türkisches Haus anzündeten, Markus Gartmann, bezeichnete sich als DVU-Mitglied).⁸⁶

Lichterketten, Großkundgebungen, "Rock gegen rechts". Solche Veranstaltungen zeigen deutlich, daß die Verhältnisse im heutigen Deutschland nicht mit denen der Weimarer Republik gleichzusetzen sind. Hunderttausende gingen nach der rechtsterroristischen Gewaltwelle 1992 auf die Straße, bildeten Lichterketten und demonstrierten so für die Einhaltung von Menschenrechten.

Dennoch wurde häufig von "Hilflosigkeit" gegen aufkeimendem Rechtsextremismus gesprochen⁸⁷, man bezeichnete Gegenstrategien, als verbraucht, abgegriffen, nicht mehr zeitgemäß. Ein Mitarbeiter der IG-Metall-Zentrale hat Versäumnisse in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bei der Linken in den Blick genommen⁸⁸:

⁸⁴ In der Nationalzeitung wurde gar die NPD-Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung im März 1997 abgelehnt.

⁸⁵ Der niedersächsische Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) vertrat auf einer Expertentagung zum Thema "Rechtsextremismus" am 30.7.1998 in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung in Dresden die Auffassung, daß er in der Frage des DVU- sowie des NPD-Verbotese auf keinen Fall lockerlassen wolle. Er werde als nächstes den niedersächsischen Landtag überzeugen, eine entsprechende Bundesratsinitiative zu starten.

⁸⁶ Mit der Verurteilung der vier Angeklagten zu langjährigen Freiheitsstrafen ist am 13.10.1995 der Prozeß um den am 29.5.1993 verübten Brandanschlag auf ein von Türken bewohntes Mehrfamilienhaus in Solingen zu Ende gegangen. Bei dem Anschlag waren zwei Frauen und drei Kinder ums Leben gekommen. Markus G. (25 Jahre alt) erhielt eine Freiheitsstrafe von 15 Jahren. Vgl.: Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1995, Düsseldorf 1996, S. 42

⁸⁷ Vgl.: Konrad Schacht, Thomas Leif, Hannelore Janssen, Hilflos gegen Rechtsextremismus?, Köln 1995

⁸⁸ Wolfgang Kowalsky, Rechtsaußen ... und die verfehlten Strategien der deutschen Linken, Frankfurt/Berlin 1992

Die Antifaschismus-, Aufarbeitungs-, Repressions-, Psycho- und Ausgrenzungs-, Aufklärungs-, Antikapitalismus-, Antirassismus- und Antinationalismusstrategien wären allesamt ungeeignet, mit dem Rechtsextremismus fertig zu werden. Er diagnostiziert, daß "Ehrentitel der Linken" rar geworden seien, von allen "linken Tugenden" sei lediglich ein abgedroschener "Antifaschismus" übriggeblieben. "Hilfloser Antifaschismus" (ein Buchtitel des Philosophen Wolfgang Fritz Haug aus den 60er Jahren) würde zu noch hilfloseren Ausgrenzungsstrategien ("Ausländer bleiben, DVU vertreiben") führen, die die Bevölkerung in keiner Weise erreichten. "Antifaschismus" sei zum Selbstbestätigungsritual linker Sekten verkommen, die nach Schema F ein "viertes Reich" zu verhindern vorgeben, in Wirklichkeit nur im dunklen Keller pfeifen, um ihre eigene Bedeutungslosigkeit zu verdrängen. Auch die linke Fixierung auf die Frage der Nation habe ihre Tücken: Wenn ein Türke eine Deutsche niederschieße, verschweige die linke taz die Nationalität, weil sie - so die Journalistin - "hier nichts zur Sache tue". Schieße indes ein Deutscher auf eine Türkin, wäre der Fall als "ein neues Indiz für Ausländerfeindlichkeit zu betrachten" - umgekehrter Rassismus, der dem Rechtsextremismus Auftrieb verleihe, obwohl das Gegenteil intendiert sei.

Problematisch erscheint die Verleugnung realer Mißstände, die zu rechtsextremistischen Wahlerfolgen führten, so schreibt z.B. der SZ-Redakteur und ehemalige Staatsanwalt Heribert Prantl von "angeblichen Asylmißbrauchern", die es nie gegeben habe.⁸⁹ Dagegen hatte der verstorbene ehemalige SPD-Fraktionschef im Deutschen Bundestag Herbert Wehner am 15.2.1982 im Vorstand seiner Partei mit fast schon seherischer Fähigkeit gewarnt:

"Wenn wir uns weiterhin einer Steuerung des Asylproblems versagen, dann werden wir eines Tages von den Wählern, auch unseren eigenen weggefegt. Dann werden wir zu Prügelknaben gemacht werden. Es ist nicht genug, vor Ausländerfeindlichkeit zu warnen - wir müssen die Ursachen angehen, weil uns sonst die Bevölkerung die Absicht, den Willen und die Kraft abspricht, das Problem in den Griff zu bekommen. Ich sage euch - wir sind am Ende mitschuldig, wenn faschistische Organisationen aktiv werden."⁹⁰

Am Wichtigsten erscheint also für die Zurückdrängung rechtsextremistischer Parteien, daß die Regierungen des Bundes und der Länder der Bevölkerung überzeugende politische Lösungen anbieten, die auch in die Tat umgesetzt werden. Desweiteren sind als Gegenmaßnahmen in Erwägung zu ziehen:

- Integration national eingestellter Bevölkerungsgruppen in demokratische Parteien durch attraktive, demokratischen Grundsätzen entsprechende Programmteile. Purer Populismus um jeden Preis ist abzulehnen. Die Menschenrechte sind dabei eine Grenzlinie, die keine demokratische Partei in ihrer Programmatik und Praxis überschreiten darf.
- Die rechtsextremen Parteien profitieren von (zum Teil übertriebenen) Ängsten angesichts der besorgniserregenden Entwicklung der Kriminalität in Deutschland. Die Volksparteien müssen in diesem Bereich Defizite abbauen und für eine effiziente Verfolgung von Kriminellen (jeglicher Nationalität) sorgen.

⁸⁹ Heribert Prantl, Sind wir noch zu retten? Anstiftung zum Widerstand gegen eine gefährliche Politik, München/Wien 1998, S. 88 - 90

⁹⁰ Zit.nach: Friedhelm Farthmann, Blick voraus im Zorn. Aufruf zu einem radikalen Neubeginn der SPD, Düsseldorf 1996, S. 99f.

- Der Europäische Integrationsprozeß fordert das Anwachsen nationalistischer Parteien geradezu heraus, zumal fast alle Bundestagsabgeordneten für den "Euro" gestimmt haben und damit eine radikaloppositionelle Chance für rechtsextreme Parteien eröffnet wurde. Das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in die neue Währung zu stärken, ist ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen den Rechtsextremismus.
- In der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Strömungen im Bildungswesen ist darauf zu achten, daß
 - a) der öffentliche Dienst von Rechtsextremisten freigehalten wird, das gilt insbesondere für den Schul- und Hochschuldienst⁹¹;
 - b) der Begriff der "Streitbaren Demokratie" den Schülern und Student/innen vermittelt wird;
 - c) aktuelle politische Probleme (z.B. das der Massenimmigration) weder verniedlicht noch horrifiziert wird, sondern eine möglichst sachgerechte emotionsfreie Wiedergabe der Sachverhalte in den Bildungseinrichtungen vermittelt wird;
 - d) Verunglimpfungen und platten Parolen ("braunen Ratten") entgegengetreten wird.
- Koalitionen auf Kommunal-, Landes- oder gar Bundesebene zwischen Demokraten und Rechtsextremisten sind zu vermeiden, um antidemokratische Parteien nicht salonfähig zu machen.
- In die Argumentation gegen "rechtsaußen" sollte dezent der Hinweis auf die völlige Zerstrittenheit und bodenlose Ineffizienz rechtsextremer Parteien in bundesdeutschen Parlamenten eingeflochten werden.

⁹¹ Dargestellt am Fall des ehemaligen Oberstudienrats Günter Deckert vom Verfasser: Gerhard Hertel, Biographisches Porträt: Günter Deckert, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie Bd. 9, Baden-Baden 1997, S. 202 - 214

6.3 Chancen der DVU bei der Bundestagswahl 1998

Das Eis sei brüchig, das derzeit ruhige Erscheinungsbild an der Oberfläche trüge, das Potential für einen Wahlerfolg rechter Randparteien sei in der Bundesrepublik nach wie vor da - so vorsichtig schilderte ein renommierter Wahlforscher die Situation der "Zwerge am rechten Rand" (Claus Leggewie) vor einigen Jahren.⁹² Daran hat sich trotz des Einbruchs der Republikaner 1994 (lediglich 1.9 % der Zweitstimmen) wenig geändert. Obwohl ein bislang unerhörter Vorgang aus dem Inneren der Partei gemeldet wird⁹³, glaubt offensichtlich nicht nur der Vorsitzende der CDU-Fraktion im baden-württembergischen Landtag Oettinger an eine DVU-Fraktion im nächsten Bundestag⁹⁴, sondern auch Wahlforscher gehen davon aus, daß inzwischen ein Drittel der Bundesbürger die Demokratie als Staatsform ablehnten - ein idealer Nährboden für extremistische Parteien!⁹⁵

Wie der Berliner DVU-Vorsitzende Olaf Hermann ausführte, will die DVU wie in Sachsen-Anhalt erst zwei Wochen vor der Wahl eine bundesweite Materialschlacht "ohne gleichen" entfachen: "Dann schießen wir wieder aus dem Boden wie schon beim 'Blitzkrieg' in Magdeburg."⁹⁶ Konturen der Art von Auseinandersetzung, wie sie die DVU im Bundestagswahlkampf zu führen wünscht, sind jetzt bereits auf den Internetseiten der Partei ablesbar. Neben dem in Magdeburg erfolgreichen Slogan "Laß dich nicht zur Sau machen!" wird verkündet: "Jetzt ist sie endlich da: Die Partei für die Deutschen!", um dann den längst bekannten Forderungskatalog in agitatorischer Form zu präsentieren (deutsche Arbeitsplätze zuerst für Deutsche, deutsches Geld zuerst für deutsche Aufgaben, die D-Mark soll bleiben, Kriminalität hart bekämpfen, Ausländerbegrenzung durchsetzen). In einer "Spiegel"-Umfrage unter 200 bekennenden Anhängern rechtsextremer Parteien⁹⁷ zeigt sich, daß die DVU durchaus den Nerv ihrer potentiellen Wählerschaft getroffen haben könnte: 84 % der Befragten geben als Grund für die Wahl von Rechtsextremisten an, "daß zu viele Ausländer Nutznießer des Sozialsystems" seien, 81 % wählten aus "Protest gegen die etablierten Parteien" und jeweils 79 % "weil die etablierten Parteien bzw. der Staat nichts gegen das Verbrechen täten" und "weil zu viele Ausländer in Deutschland lebten." Für diese Wähler sei es ziemlich unerheblich, ob es charismatische Führer gäbe, ausgefeilte Programme angeboten würden. Sie seien "Protestwähler aus Überzeugung" (DVU-Slogan: "Diesmal Protest wählen!"), jeder fünfte Befragte gab an, daß er "keine Ziele und Programme" kenne. So droht die DVU in der Tat eine Gefahr von rechtsaußen zu werden.

⁹² Jürgen W. Falter, Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, München 1994, S. 163

⁹³ Manfred Dumm, seit kurzer Zeit Vorstandsmitglied der DVU im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, hat beim Bundesvorstand der Partei ein Ausschlußverfahren gegen Gerhard Frey wegen "parteischädigenden Verhaltens" angestrengt. Frey wird darin vorgeworfen, die Landesliste zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern undemokratisch aufgestellt zu haben. Vgl.: Focus, Nr. 33/1998 vom 10.8.1998, S. 13. Inzwischen hat sich der gesamte Bundesvorstand mit Frey solidarisiert. Vgl.: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 184 vom 11.8.1998, S.2

⁹⁴ Focus, Nr. 31/1998 vom 27.7.1998, S. 44f.

⁹⁵ Süddeutsche Zeitung Nr. 183 vom 11.8.1998, S. 2: "Knapp sieben Wochen vor der Bundestagswahl haben Wahlforscher ein hohes Potential an 'Systemverdrossenheit' in der deutschen Bevölkerung und eine deutliche Bereitschaft zur Wahl von Rechtsextremen ausgemacht."

⁹⁶ Der Spiegel, Jg. 51, Nr. 33/1998 vom 10.8.1998, S. 32

⁹⁷ Der Spiegel, Jg. 51, Nr. 33/1998 vom 10.8.1998, S. 33

7. Ausgewählte Literatur zum Thema

a) Selbständige Publikationen

Backes, Uwe

Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard

Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Neuausgabe Bonn 1996 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 272)

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.)

Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 1 - 9, Bonn bzw. Baden-Baden 1989ff.

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard

Totalitarismus, Extremismus, Terrorismus. Ein Literaturführer und Wegweiser im Lichte deutscher Erfahrung, Opladen 1984 (= Analysen Bd. 38)

Backes, Uwe/Moreau, Patrick

Die extreme Rechte in Deutschland, München ²1994 (im Auftrag des B'nai B'rith München)

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst (Hrsg.)

Politischer Radikalismus bei Jugendlichen. Handreichung für die Schulen in Bayern, München 1996

Benz, Wolfgang/Graml, Hermann/Weiß, Hermann (Hrsg.)

Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997

Butterwegge, Christoph

Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt 1996

Dudek, Peter/Jaschke, Hans-Gerd

Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, 2 Bde., Bd. 1: Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, Bd. 2: Dokumente und Materialien, Opladen 1984

Elsässer, Jürgen

Braunbuch DVU, Hamburg 1998

Fromm, Peter

Am rechten Rand. Lexikon des Rechtsradikalismus, Marburg ²1994

Glötz, Peter

Die deutsche Rechte. Eine Streitschrift, Stuttgart ²1992

- Hertel, Gerhard
Terrorismus und Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, München 1986
- Jaschke, Hans-Gerd
Streitbare Demokratie und innere Sicherheit, Grundlagen. Praxis und Kritik, Opladen 1991
- Jaschke, Hans-Gerd
Die "Republikaner". Profile einer Rechtsaußen-Partei, Bonn ³1994
- Linke, Annette (Pseudonym)
Der Multimillionär Frey und die DVU. Daten, Fakten, Hintergründe, Essen 1994
- Mecklenburg, Jens (Hrsg.)
Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996
- Kowalsky, Wolfgang
Rechtsaußen ... und die verfehlten Strategien der deutschen Linken, Frankfurt/M.-Berlin 1992
- Kowalsky, Wolfgang / Schröder, Wolfgang (Hrsg.)
Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1984
- Maier, Hans / Bott, Hermann
Die NPD. Struktur und Ideologie einer "nationalen Rechtspartei", München ²1968
- Niethammer, Lutz
Angepaßter Faschismus. Politische Praxis der NPD, Frankfurt/M. 1969
- Pfahl-Traughber, Armin
Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn ²1995
- Stöss, Richard
Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung, Ursachen, Gegenmaßnahmen, Opladen 1989
- Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder
- Wagner, Bernd (Hrsg.)
Handbuch Rechtsextremismus, Reinbek b. Hamburg 1994

b) Zeitschriftenaufsätze

- Backes, Uwe
Rechtsextremismus in Deutschland: Ideologien, Organisationen und Strategien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft B 9-10 (1998), S. 27-35

Birsl, Ursula

Rechtsextremismus: worum es eigentlich geht. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Bd. 41, Heft 11 (1994), S. 1025-1028

Boysen, Uwe

Rechtsradikalismus heute - eine Wanderung in vermintem Gebiet. In: Wirtschaft und Statistik, Bd. 38, Heft 6 (1994), S. 283-293

Falter, Jürgen W.

Zur Psychographie der Wähler der Republikaner und der DVU. In: Politische Studien, Bd.45, Heft 336 (1994) S. 68-91

Fascher, Eckhard

Die politischen Erfolgsaussichten der "Republikaner" in Deutschland. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Bd. 28, Heft 1 (1997) S. 21-29

Friedrichsen, Mike / Schulz, Wolfram / Wolling, Jens

Die Republikaner als Medienereignis: Eine Analyse zum Zusammenhang zwischen Medienaufmerksamkeit und Rechtsextremismus am Beispiel des Wahlkampfes zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin 1989. In: Publizistik, Bd. 40, Heft 2 (1995) S. 129-151

Gessenharter, Wolfgang

Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland - Gefahren für die Republik? In: Gegenwartskunde, Bd. 43, Heft 4 (1994) S. 417-419

Götz, Norbert

Modernisierungsverlierer oder Gegner der reflexiven Moderne? Rechtsextreme Einstellungen in Berlin. In: Zeitschrift für Soziologie, Bd. 26, Heft 6 (1997) S. 393-413

Jesse, Eckhard

Die Überschätzung der Neuen Rechten. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Bd. 42, Heft 2 (1995) S. 152-155

Jesse, Eckhard

Die Rechten und der Staat - aus der Sicht von linksaußen. In: Zeitschrift für Politik, Bd. 42, Heft 2 (1995) S. 203-207

Karstedt, Susanne

Frühe NSDAP-Mitglieder 1923 bis 1933 - Junge Rechte 1980 bis 1994: Eine biographische Analyse zweier Generationen deutscher Rechtsextremisten. In: Soziale Welt, Bd. 48, Heft 3 (1997) S. 231-251

Marschall, Stefan

Wählt rechts, wer Hunger hat? In: Politische Meinung, Bd. 40, Heft 308 (1995) S. 39-46

Probst, Lothar

Politische Mythen und symbolische Verständigung. Eine Lokalstudie über die rechtspopulistische DVU in Bremen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Bd. 26, Heft 1 (1995) S. 5-12

Seils, Christoph

Massenmedien und Rechtsextremismus. In: Leviathan, Bd. 22, Heft 3 (1994) S. 407-421

8. Anhang

CSU-Parteiausschuß, 22. Mai 1998, Ingolstadt: "Offensiv ins neue Jahrhundert: Mit Bayern gewinnt Deutschland - Entschließung", S. 8:

Extremismus bekämpfen

Wir bekämpfen Extremismus von rechts und links mit allen rechtsstaatlichen Mitteln und aller gebotenen Härte.

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine wehrhafte Demokratie. Extremistische Parteien müssen konsequent bekämpft und vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Dies gilt für die SED-Fortsetzungspartei PDS, deren Inhalte, Führungspersonen und Kontakte zu anderen extremistischen Kräften Anlaß zu konsequentem Handeln geben, ebenso wie für die DVU, die Republikaner und sonstige extremistische Parteien von links und rechts.

Die CSU befürwortet den Einsatz von Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst gegen islamische Fundamentalisten. Wir müssen mit allen Mitteln verhindern, daß ausländische Extremisten die Konflikte ihrer Heimatländer auf deutschem Boden austragen. Die vom Grundgesetz garantierte freie Religionsausübung darf nicht als Deckmantel zur Bekämpfung unserer freiheitlichen Demokratie mißbraucht werden.

Sekten gefährden unsere Gesellschaft. Wir müssen unsere Bürger, vor allem die Kinder und Jugendlichen, vor Sekten und Psycho-Gruppen schützen.

Verantwortlich:

Dr. Reinhard C. Meier-Walser
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen
der Hanns-Seidel-Stiftung

Autor:

Dr. Gerhard Hertel
Oberstudienrat und Lehrbeauftragter der Universität München

"aktuelle analysen"

bisher erschienen:

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit
(vergriffen)
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland
Klassische Ansätze - Aktuelle Diskussion - Perspektiven
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO
Die Positionen der USA und Rußlands
(vergriffen)
- Nr. 4 Umweltzertifikate - ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik?
(vergriffen)
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen
nach den Landtagswahlen vom 24. März 1996
- Nr. 6 Informationszeitalter - Informationsgesellschaft -
Wissensgesellschaft
(vergriffen)
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK)
Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen
erfolgreicher Bekämpfung
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus

in Vorbereitung:

Deutschlands Rolle in der neuen europäischen Sicherheitsarchitektur